

Landesinfo Baden-Württemberg

Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz!



Dem Frieden eine Chance

**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

www.afghanistandemo.de

20.9.2008
DEMONSTRATION
BERLIN STUTT GART

STUTT GART:

12 Uhr Lautenschlagerstrasse (Hbf)

13.30 Uhr Schlossplatz

Gute Rente

**Stopp – Finanz-
kapitalismus** s. 5

Krankenhausfinanzierung

**„Der Deckel muss
weg“** Seite 6

Bilanz des G 8-Gipfels

**Fast die gesamte
Welt ist aus-
geschlossen** s. 9

Antifaschismus

**Frauen gegen
Rechts** Seite 14

Die LINKE vor Ort

**Von Heidelberg
bis Konstanz**

Seite 15

Inhalt

■■■ Jetzt die Rentenproblematik vor Ort thematisieren	4
■■■ Der Deckel muss weg – Krankenhäuser ordentlich finanzieren	6
■■■ Bildungsoffensive hilft Benachteiligten nicht	8
■■■ Heike Hänsel zieht Bilanz des G 8-Gipfels	9
■■■ Linksjugend [solid] in Aktion	10
■■■ Für ein Europa der Résistance	12
■■■ CSD in Stuttgart: Gabi Zimmer als Schirmfrau	13
■■■ Veranstaltung in Karlsruhe: Frauen gegen Rechts	14
■■■ Pforzheim: Als die Bücher brannten ...	15
■■■ Aus den Orten: Freiburg, Heidelberg ... Plochingen	14
■■■ Partei Finanzen: Rechenschaftsbericht 2007, 1. Vierteljahr 2008	20
■■■ Termine	24

Am 5. Juli tagte der Landesausschuss der LINKEN in Stuttgart

Delegiert waren Mitglieder aus Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und dem Landesvorstand. Der Landesausschuss fasste Beschlüsse zur Vorbereitung der Europawahl, der Kommunalwahl und der Bundestagswahl. Der Landesausschuss bestätigte zudem den Delegiertenschlüssel für den Landesparteitag am 6. Dezember und bestätigte den Finanzhaushalt für 2008. Mit folgender Pressemitteilung informierte das Landesbüro über die politischen Beschlüsse der Tagung.

LINKE beschließt Teilnahme an Kommunalwahlen 2009

Der Landesausschuss der LINKEN in Baden-Württemberg beschloss auf seiner Tagung programmatische Eckpunkte für das Eingreifen der Partei in den Kommunalwahlkampf 2009.

DIE LINKE will bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr in allen Großstädten und in den größeren Städten des Landes in Fraktionsstärke in die Kommunalparlamente einziehen. „Die etablierten Parteien und Wählerinitiativen müssen damit leben, dass sie sich mit den Positionen der Linken in den Gemeinderäten auseinandersetzen müssen“, kommentierte dies Landessprecher Bernd Riexinger.

„Das Leitbild der LINKEN für die Kommunalwahlen ist die Bildung einer sozialen Kommune. DIE LINKE tritt überall vor Ort für eine soziale Politik ein, die sich an den Interessen der Mehrheit der Einwohner/innen orientiert“, sagte der weitere Landessprecher, Bernhard Strasdeit. Damit unterscheidet sich DIE LINKE erheblich von der Politik der anderen Parteien, die zwar jetzt das von ihnen selbst verursachte Thema Armut und Kinderarmut entdecken würden, aber nur halbherzig dagegen vorgehen. Im Mittelpunkt des kommunalpolitischen Engagements der LINKEN wird daher der Kampf gegen Kinderarmut stehen. Der Ausbau von Kindertageseinrichtungen ist dringend notwendig. Kostenloser Kindergartenbesuch und ein bezahlbares Schulesen für alle Kinder muss überall auf die Tagesordnung. Dafür fordert der Landesausschuss eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm für neue finanzielle Spielräume sorgen will. Will man Armut bekämpfen, muss man Reichtum begrenzen. Unter dem Strich könnten in Baden-Württemberg allein aus einer angemessenen Vermögens- und Erbschaftssteuer vier Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich eingenommen werden.

Weiterer Schwerpunkt des kommunalpolitischen Rahmenprogramms ist die Forderung nach einem Stopp von Privatisierungen im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge. Bereits privatisierte Bereiche müssen rekommunalisiert werden. Krankenhäuser, öffentliche Verkehre, Energie- und Versorgungsbetriebe und Bildungseinrichtungen gehören in kommunale Selbstverwaltung.

Der „kleine Parteitag“ beschäftigte sich zudem mit der Vorbereitung der Bundestagswahl 2009 und beschloss die Unterstützung der bundesweiten Aktivitäten gegen die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan. Zur Demonstration der Friedensbewegung am 20. September in Stuttgart ruft DIE LINKE in Baden-Württemberg mit auf.

Das nächste Landesinfo erscheint im Oktober 2008.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2008 ist der 30. September 2008

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Faltblatt der Bundestagsfraktion Die Linke.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Aufruf zur bundesweiten Demonstration in Berlin und Stuttgart am 20. September

Dem Frieden eine Chance! Truppen raus aus Afghanistan! Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan!!

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee

Das Friedensnetz Baden-Württemberg ruft auf
www.friedensnetz.de

**BUNDESWEITE
DEMONSTRATION
DER FRIEDENSBEWEGUNG**

**IN BERLIN &
STUTTGART
20. SEPTEMBER 2008**

**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

20.9.2008
DEMONSTRATION
BERLIN STUTTGART

**Stuttgart:
Auftrittkundgebung 12:00 Uhr,
Lautenschlagerstr., ggü. Hauptbahnhof
Abschlusskundgebung 13:30 Uhr,
Schlossplatz**

Weitere Infos folgen
www.afghanistandemo.de

und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile“ Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die

Superwahljahr 2009 vorbereiten

Landesparteitag am 6. Dezember 2008

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben 2009 ein Superwahljahr vor uns. Am 7. Juni 2009 finden Kommunalwahlen und die Europawahl statt. Im September 2009 folgt die Bundestagswahl. Das erfordert auch innerparteilich eine Menge Vorbereitung. In den Kreisverbänden und im Landesverband müssen die Parteigremien neu gewählt werden. Und für die jeweiligen Wahlen müssen überall Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden. Dabei sind die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Demokratie ist manchmal anstrengend. Wir bitten deshalb alle Kreisvorstände darum, diese Dinge gut vorzubereiten, und wir bitten alle Mitglieder, aktiv beim Gelingen mitzuwirken. Für die Kommunalwahl haben wir einen Ratgeber herausgegeben. Zur Bundestagswahl orientieren Landesausschuss und Landesvorstand darauf, möglichst zuerst alle Wahlkreiskandidaturen durchzuführen und dann die Landesliste zu wählen. Das erleichtert in den Kreisverbänden und auf Landesebene die Debatte über die zu wählende Landesliste.

Der nächste Landesparteitag wird am 6. Dezember in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart stattfinden. Die 200 Delegierten sind auf Kreismitgliederversammlungen entsprechend Landessatzung, Bundes-

wahlordnung und Delegiertenschlüssel zu wählen. Zehn weitere Delegiertenmandate werden aus dem Jugendverband gewählt. Der Delegiertenschlüssel wurde vom Landesausschuss am 5. Juli bestätigt und ist im Landesbüro abrufbar. Über die Wahl ist ein Protokoll anzufertigen. Der Landesvorstand, die Landesschiedskommission und die Finanzrevision müssen am 6. Dezember neu gewählt werden.

Europaparteitag am 28. Februar 2009 in Essen, Wahl der Liste zum Europäischen Parlament am 1. März / Regionale Mitgliederversamm- lungen in Baden-Württemberg

Die 24 Delegierten aus Baden-Württemberg für den Landesparteitag am 28.2.2009 in Essen bzw. die Ersatzdelegierten sind die gleichen, die schon zum Parteitag in Cottbus auf zwei Jahre gewählt wurden. Aufgabe des Parteitages am 28.2. 2009 ist es, das Europawahlprogramm zu beschließen. Am Tag darauf, am 1. März wird am selben Ort eine BundesvertreterInnenversammlung stattfinden (siehe Bundessatzung § 35), eigens zur Wahl der KandidatInnenliste der LINKEN für die Wahl zum Europäischen Parlament. Diese VertreterInnen müssen (!) entsprechend Wahlrecht extra gewählt werden – bei uns, auf regionalen Mitgliederversammlungen zwischen Oktober 2008 und Januar 2009. Wir

treten zur Europawahl nur über eine Bundesliste an, nicht mit Landeslisten. Diese 24 aus Baden-Württemberg zu wählenden VertreterInnen dürfen aus praktischen Erwägungen identisch sein mit den Delegierten – müssen es aber nicht. Der Landesvorstand ruft die regionalen Mitgliederversammlungen in Absprache mit den jeweiligen Kreisvorständen ein.

Wahlkreiskandidaturen zur Bundes- tagswahl

Ab sofort können die Direktkandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl auf Wahlkreisebene gewählt werden. Die Unterlagen und Rechtsvorschriften für die Wahl sind bei den jeweiligen Kreiswahlleitern erhältlich. Achtung: Die Grenzen unserer Kreisverbände sind oft nicht identisch mit den Wahlkreisgrenzen. Wahlberechtigt bei der Wahl von DirektkandidatInnen zur Bundestagswahl sind solche Mitglieder, die im jeweiligen Bundestagswahlkreis ihren Hauptsitz haben und wahlberechtigt sind. Die Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl kann im Landesbüro abgerufen werden. Die Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2009 wird voraussichtlich Januar oder Februar 2009 stattfinden.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides, Franz Groll, Elke Lison, Bernd Riexinger, Uschi Schorlepp, Bernhard Strasdeit

fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frie-

den eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen.

Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.

Mit einer sogenannten „Antiislamierungs-Konferenz“ in Köln versuchen Rassisten und Neofaschisten vom 19.-21. September Menschen muslimischen

Glaubens zu kriminalisieren, zu diffamieren und auszugrenzen. Die Friedensbewegung begrüßt die geplanten Proteste mit dem Ziel, die „Antiislamierungs-Konferenz“ zu verhindern. Der Kampf gegen Krieg und Rassismus ist für uns untrennbar miteinander verbunden.

Es rufen auf: (Erstunterzeichnende Stand 15.7.2008)

Dieter Lachenmayer (Friedensnetz BaWü), Roland Blach (DfG-VK-BaWü), Stefan Schneider (Pax Christ –Rottenburg Stgt.), Paul Russmann (ORL), Elke Lison (DIE LINKE.BaWü), Dietrich Schulze, VVN-BdA BaWü), Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften.

www.friedensnetz.de

Ulrich Maurer zur Pendlerpauschale Nicht gackern – zustimmen

„SPD, CDU und CSU sollten aufhören durcheinander zu gackern, sie sollten vielmehr dem Antrag der LINKEN zur Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale zustimmen“, erklärt Ulrich Maurer zur anhaltenden Arbeitnehmer-Entlastungsdebatte. Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE weiter:

„In den Koalitionsparteien geht es bei der Diskussion um die Pendlerpauschale nach wie vor zu wie in einem Hühnerhaufen. Es wird gegackert, eine große Linie und effektives Regieren ist wie bei so vielen Themen nicht zu erkennen. Dabei hat die Fraktion DIE LINKE wie so oft die Vorarbeit geleistet und stellt die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale im September im Bundestag zur Abstimmung. CDU, CSU und der sozialdemokratische Teil der SPD müssen nur noch zustimmen.“

Ulrich Maurer zu Mindestlohn Oettingers Botschaft an Geringverdiener: Keine Zukunft

Ministerpräsident Oettinger präsentiert sich als die Speerspitze gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit signalisiert er den Geringverdienern: Ihr seid arm, Ihr bleibt arm, die Hoffnung auf ein etwas besseres Leben könnt Ihr begraben. Die Forderung nach dem Mindestlohn kommt aus der Linken, Teilen der SPD, selbst aus kleinen Teilen der CDU und den Gewerkschaften, weil offensichtlich wurde, dass in vielen Bereichen die Löhne derart abgesackt sind, dass man auch bei Arbeit in Vollzeit von diesem Verdienst nicht mehr sein Leben bestreiten kann. Drei Millionen Menschen könnten neben ihrer Vollzeitarbeit



Ulrich Maurer (MdB) besuchte das Sommerfest der LINKEN in Ulm.

noch Hartz IV-Leistungen beantragen, eine Million nimmt das in Anspruch.

Dass man von seiner Hände Arbeit leben können muss, war vor Hartz IV Konsens in der Gesellschaft. Mit Hartz IV war der Weg geebnet für Hungerlöhne und Ein-Euro-Jobs. Die ausufernde Leiharbeit setzt ordentliche Tarife von Stammbesellschaften unter Druck. All das spaltet die Gesellschaft.

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg macht sich zum Sprachrohr des Wirtschaftsflügels der CDU und der Arbeitgeberverbände. Nach Landesverfassung ist er aber auf die Interessen der Bevölkerung verpflichtet. Offensichtlich hat er seinen Verfassungsauftrag vergessen.

Dietmar Bartsch zu Merkel 23.7.2008 Bemühtes Klein-Klein angesichts großer Probleme

Bei einem Pressestatement im Berliner Karl-Liebknecht-Haus erklärte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zu der heute von Bundeskanzlerin Merkel präsentierten Bilanz der Großen Koalition:

Die Kanzlerin redet sich die Realität schön, das hatte schon ein Stückweit etwas von einer „Wünsch Dir was“-Ver-

anstaltung. Ich kann die Bilanz, die sie vorgebracht hat, so nicht teilen.

Sie hat beispielsweise ihre Familienpolitik sehr gelobt. In diesem Jahr ist von mehreren Institutionen festgestellt worden, dass in Deutschland 2,5 Millionen Kinder in Armut leben. Das hat auch etwas mit der Politik der Großen Koalition zu tun.

Erbschaftssteuer ist genannt worden. An der Erbschaftssteuer arbeiten Herr Koch und Herr Steinbrück seit drei Jahren. Das, was da jetzt vorliegt, bringt in der Substanz keine Erhöhung des Aufkommens. Das ist aber kein Ergebnis, das der Aufgabe gerecht werden würde, das Aufkommen der Erbschaftssteuer zu erhöhen.

Zum Thema Arbeit und Löhne: Frau Merkel hat dem gesetzlichen Mindestlohn noch einmal eine Absage erteilt. Mit der Begründung, dass das Arbeitsplätze kosten würde. In 20 Ländern, Frau Merkel kann sich doch mal bei Herrn Sarkozy oder bei Herrn Brown erkundigen, wie es mit den Mindestlöhnen in Frankreich und Großbritannien funktioniert. Dort gibt es seit Jahren gesetzliche Mindestlöhne von über 8 Euro. In Deutschland soll das nicht möglich sein?

Fazit: Ich kann die Erfolgsbilanz der Bundeskanzlerin nicht teilen. Mich stört ausdrücklich, dass sie als Kanzlerin, die ja aus den neuen Ländern kommt, den Osten gar nicht erwähnt hat. Es ist so: DIE LINKE bleibt die einzige gesamtdeutsche Partei, wo der Osten nicht „Beiwerk“ ist.

Frau Merkel hat auf der Pressekonferenz gesagt, sie wünsche sich, dass über die Arbeit der Großen Koalition gesagt werde: „Die mühen sich.“ Ich glaube, das ist das Mindeste, was man erwarten kann, dass die sich mühen. Das erinnert mich an frühere Zeugnisausgaben, wo man manchmal lesen konnte: Sie war stets bemüht, hat aber leider das Klassenziel nicht erreicht...



Die stellv. DGB-Vorsitzende in Baden-Württemberg, Marion von Wartenberg, sprach bei der Rentenveranstaltung der LINKEN im Theaterhaus Stuttgart.

Erfolgreiche Großveranstaltung am 7. Juni im Theaterhaus Stuttgart

Rentenkampagne ist angelaufen

von Heidi Scharf

In Baden-Württemberg hat sich die AG Betrieb & Gewerkschaft die Rentenkampagne zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Bereits Ende April wurde eine eintägige Arbeitskonferenz durchgeführt. Am 7. Juni folgte eine Großveranstaltung in Stuttgart mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Einige nahmen die Veranstaltung zum Anlass, Mitglied der LINKEN zu werden. In der örtlichen Presse wurde über die Veranstaltung ausführlich berichtet.

Rentenkampagne vor Ort

Ab sofort verfügbar: Das erste Arbeitspaket zur Rentenkampagne für regionale Gliederungen. Die Rentenkampagne wird dann konkret, wenn wir ihr in jeder Stadt und jedem Ort ein Gesicht geben. Denn die Themen der Rentenkampagne haben immer auch ein konkretes Gesicht vor Ort. Das gilt ganz besonders für die Altersarmut, die das Thema des ersten Arbeitspakets ist. Es enthält Aktionstipps, Argumentationshilfen, Musterpressemeldungen und Anregungen für Initiativen in den kommunalen Parlamenten. Das Arbeitspaket kann per Mail angefordert werden unter rentenkampagne@die-linke.de. Eure Bilder und Kurzberichte von Aktionen vor Ort bitte an: ronald.friedmann@die-linke.de. Das aktuelle Renteninfo zum Thema „DIE LINKE: Alternative zu Armutsrenten“ und weitere Infos auf: www.die-rente-die-linke.de. Die Landes-AG Betrieb und Gewerkschaft bietet Seminare in den Regionen und Unterstützung bei Veranstaltungen vor Ort an. Kontakt über Landesbüro oder Stefan Dreher: 0162-2352964.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende in Baden-Württemberg, Marion von Wartenberg, hat die Rentenpolitik und ihre Auswirkungen auf Frauen dargestellt. Als vorrangiges Ziel hat sie den Abbau der Arbeitslosigkeit gefordert. „Altersarmut wird ein Gesicht haben und das wird weiblich sein. Fakt ist, dass in Deutschland Frauen ungefähr ein Viertel weniger Lohn beziehen als Männer. Damit liegt Deutschland auf dem 21. Platz in Europa.“

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, präsentierte die Sicht seiner Gewerkschaft zur Rente. Aktuell müsse es darum gehen, die Altersteilzeit fortzusetzen; dafür streiken die Metaller. Und es gilt auch weiterhin, dass die Rente mit 67 weg muss. Über die Bekämpfung der Altersarmut hinaus machte Urban deutlich, dass es um den Erhalt der solidarischen Rente geht. Das Finanzkapital kann es nicht ertragen, dass im System jedes Jahr 280 Milliarden Euro bewegt werden und sie keinen einzigen Cent Profit davon für sich abzweigen können. Generell empfahl Urban: „Wählt einen besseren Bundestag!“

Oskar Lafontaine stellte heraus, dass es der LINKEN nicht um Prozente und Mandate gehe, sondern darum, die Politik zu verändern. Dem hat sich alles unterzuordnen. Eine bessere Rentenpolitik bedeutet vor allem eine bessere Lohnpolitik. DIE LINKE will alle gesetzlichen Behinderungen der Tarifpolitik beseitigen. In der Rente selbst geht es darum, die Rentenformel wieder zu reparieren. Damit die Renten wieder im Gleichschritt mit den Löhnen steigen. Und zur Armutsbekämpfung brauchen wir unter anderem eine verbesserte Grundsicherung.

Heidi Scharf ist Mitglied im Parteivorstand und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Partei DIE LINKE

Rente und Finanzkapitalismus

Kampf der Altersarmut

Es droht ein massiver Anstieg der Altersarmut in Deutschland. Seit 2000 sind die Renten unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bereits real um sechs Prozent gesunken. Die Gefahren liegen in der Zukunft. Alle Beschäftigte, die in den nächsten 20 Jahren weniger als dreiviertel eines Durchschnittsverdienstes erhalten – nach heutigem Geldwert knapp 1900 Euro im Monat – droht 2030 eine Rente, die nur der Grundsicherung entspricht. Das sind heute rund 650 Euro – Sozialhilfe für das Alter.

Deshalb will DIE LINKE sicherstellen, dass niemand im Alter nach entsprechender Bedarfsprüfung, die menschenwürdig gestaltet sein muss, weniger als 800 Euro im Monat zur Verfügung hat. Um dies zu erreichen werden zu niedrige Erwerbseinkommen rückwirkend höher bewertet. Außerdem sollen Ausfallzeiten wieder besser für die Rentenberechnung anerkannt werden. Ist dann die Rente immer noch zu niedrig, so soll die Grundsicherung einspringen. Diese soll auf 435 Euro im Monat ansteigen. Zuzüglich der Kosten für die Unterkunft wird sich dann ein Mindestbetrag von 800 Euro im Monat ergeben.

Die Rente ist in Gefahr

Aber die Bedrohung geht viel weiter. Wenn in absehbarer Zeit keine Umkehr der gegenwärtigen Rentenpolitik möglich sein sollte, ist das System der gesetzlichen und Solidarischen Rente insgesamt gefährdet. Der angelsächsische Weg der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge droht.

Private Altersvorsorge gibt es bisher vor allem in den angelsächsischen Ländern ohne ausgebaute Sozialversicherungen. Riesige Vermögen werden so angesammelt. Sie fließen in sogenannten Pensionsfonds zusammen, die nach Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen suchen.

Die Finanzmärkte werden immer mehr aufgebläht, wenn die Menschen durch eine verfehlte Rentenpolitik immer mehr in die private Alterssicherung gedrängt werden. Sie müssen sparen, ihr Geld in Fonds anlegen oder Versicherungen abschließen. Allein ein Viertel des weltweit angelegten Vermögens steckte 2005 in Pensionsfonds – über 20 Billionen Dollar. Ob es tatsächlich zu den erwarteten Rentenauszahlungen kommen wird, bleibt ungewiss. So ungewiss wie die Entwicklung auf den Finanzmärkten. Gewiss ist aber, dass

die Pensionsfonds ihre Gelder anlegen müssen. Vielleicht genau in den Hedge-Fonds oder Private-Equity-Fonds, der gerade den Arbeitsplatz der künftigen Pensionäre zwecks Gewinnsteigerung vernichtet.

Bei der Auseinandersetzung um die Zukunft der Rente geht es vor allem darum, ob dem Kapital die Landnahme im Bereich der Altersvorsorge gelingt. Wären sie erfolgreich, würde sich die Bedrohung der Altersarmut in noch ganz anderen Dimensionen darstellen, als sie heute droht. Kampf um den Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung muss das vorrangige Ziel sein. Gerade auch im Kampf gegen den Finanzmarktkapitalismus.



Lebensstandardsicherung rettet die Rente

In den letzten sieben Jahren ist das Leistungsniveau bereits erheblich abgesenkt worden. Eine Lebensstandardsicherung ist perspektivisch so nicht mehr möglich. Bis 2030 droht eine weitere Verschlechterung um 20 Prozent.

Man müsse eben zusätzlich privat vorsorgen, so die Empfehlung der Regierung. Sechs Prozent des Bruttoeinkommens für private Altersvorsorge ist notwendig, um die Leistungsver schlechterungen bei der Gesetzlichen Rente auszugleichen. Viele Menschen zweifeln an der Rente. „Wenn schon privat vorsorgen, weshalb nicht gleich ganz privat vorsorgen?“ So fragen viele. Und die mediale Offensive läuft seit Jahren. Bild voran.

Beschäftigte mit einem Durchschnittseinkommen zahlen jeden Monat rund 500 Euro in die Rentenversicherung ein. Ihnen wird nach 45 Beitragsjahren eine Netto-Rente von knapp 1100 Euro im Monat in Aussicht gestellt. Beschäftigte, die gebrochene Erwerbsbiografien haben und/oder zu Niedriglöhnen arbeiten müssen können nach heutiger Rechtslage zumindest mit einer Grundsicherung von rund 650 Euro rechnen.

Aus der Sicht vieler Durchschnittsbeschäftigten ergibt sich daraus bereits heute ein Legitimationsproblem. Zumindest werden die faktischen Verhältnisse von interessierter Seite den Menschen vorgerechnet. Schnell entsteht so die Überlegung: Ohne Gesetzliche Rentenversicherung könnte man mit 500 Euro jeden Monat ein ansehnliches Vermögen für eine private Altersvorsorge aufbauen. Und wenn es dann eine Grundsicherung dazu gäbe, wäre man fein raus im Alter. So wird heute schon die teilweise Akzeptanz für die Privatisierung der Altersvorsorge hergestellt.

Will man dieses Legitimationsproblem für die Gesetzliche Rente, will man diesen Nährboden für die Privatisierung nicht weiter anwachsen lassen, muss man alles tun die Rentenleistungen für den Durchschnittsbeschäftigten wieder deutlich zu verbessern. Die Lebensstandardsicherung muss wiederhergestellt werden. Deshalb ist die Orientierung auf Gute Arbeit, Gute Löhne für die Gesetzliche Rente von fundamentaler Bedeutung. Und die Rentenformel muss wieder hergestellt werden.

Politik für alle

Erst eine Politik, die die Lebensinteressen aller Beschäftigten, der Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner gleichermaßen berücksichtigt macht Armutsbekämpfung ohne neoliberale Nebenwirkungen möglich. Ziel muss sein, dass der Abstand zwischen Grundsicherungsempfänger/in und Rente des Durchschnittsbeschäftigten nicht klei-

ner, sondern größer wird. Und vor allem durch Kampf gegen die Prekarisierung, Kampf für Gute Arbeit und Gute Löhne muss der Kreis derjenigen, die in die Grundsicherung hineinrutschen begrenzt und verkleinert werden.

Die neoliberalen Strategen – seit den 80er Jahren gehören hierzu unter anderem Meinhard Miegel und Kurt Biedenkopf – betreiben die Privatisierung der Altersvorsorge in Deutschland. Sie haben die Legitimationskrise als zentralen Hebel zur Verfolgung ihres Zieles auf der Agenda. Die „Reformen“ der letzten sieben Jahre waren für sie nur der erste Akt: „Mit dem Rentenreformgesetz 2001 wurde eine Entwicklung eingeleitet, die das bestehende Rentengebäude eines Tages zum Einsturz bringen dürfte.“

Damit wird die Systemfrage von Rechts gestellt. Scheinbar großzügig soll es nach dem Willen von Biedenkopf und anderen eine Grundrente geben, die aber faktisch nicht über das Armutsniveau hinauskommt. Lebensstandardsicherung gibt es dann nur noch durch private Absicherung. Und das ist genau das Ziel der neoliberalen Strategen. Grundrente ist der Hebel zur neoliberalen Privatisierung der Altersvorsorge! Deshalb ist es auch kein Wunder, dass all die Professoren- und Beraterbataillone von Banken und Versicherungen gesponsert werden. Denn um ihr Geschäft geht es. Die Milliarden aus der Riesterreute sind nur der Appetitanreger.

Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand und Gewerkschaftspolitischer Sprecher

Der Deckel muss weg – Krankenhäuser ordentlich finanzieren

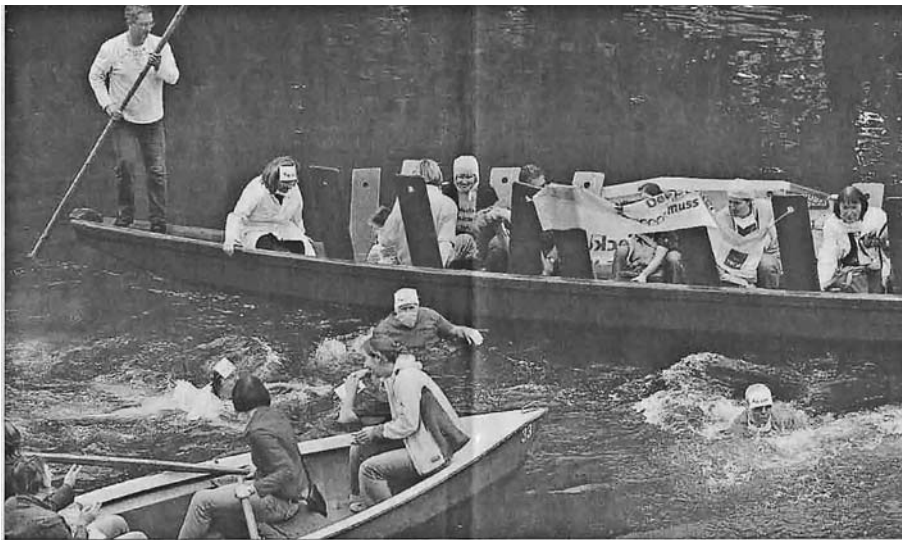
von Bernd Rixinger

Die Krankenhäuser in Deutschland sind chronisch unterfinanziert. Wird das nicht bald geändert, müssen 30 bis 40 % der Krankenhäuser schließen, Patienten werden immer schneller durch die Krankenhäuser geschleust, die Qualität der Patientenversorgung leidet und die Beschäftigten kommen immer mehr unter Druck.

Die Krankenhäuser werden von zwei Seiten gleichzeitig finanziell ausgetrocknet. Zum einen durch die Budgetdeckelung. Die Bundesregierung legt jedes Jahr per Verordnung fest, um wieviel die Krankenhausbudgets steigen dürfen. Letztes Jahr waren es 0,28 %. Seit Jahren bleiben die Budgets hinter den Lohnsteigerungen und Preisentwicklungen zurück. Faktisch wird dadurch sogar die Tarifautonomie ausgehebelt. Die Krankenhäuser sind gezwungen, am Personal und an der Patientenversorgung zu sparen.

Die Länder sind zuständig für die Finanzierung der Investitionen. Dieser Verpflichtung kommen die Länder immer weniger nach. Es gibt einen Investitionsstau von über 50 Mrd. Euro. Viele Gebäude verrotten, weil sie nicht instand gehalten werden. Die Krankenhäuser werden so gezwungen, Investitionen aus ihren Budgets zu finanzieren, die aber in Wirklichkeit zur Patientenversorgung verwendet werden müssen.

Die Gegenseite dieser Entwicklung ist der massive Abbau von Personal. Die Zahl der Patienten ist seit 1996 um 670 000 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Pflegekraft-Vollzeitstellen um 50100 gesunken, die Zahl aller Beschäftigten um 90000. Wissenschaftlich ist der Zusammenhang zwischen der Qualität der Pflege und dem Patientenwohl längst nachgewiesen. Es gibt sogar eine englische Studie, die nachweist, dass die Sterblichkeit der Patienten steigt, wenn die Zahl der Pflegekräfte abnimmt. In Deutschland ist die Zahl



Die Ersten sind schon über Bord gegangen: Mit einer symbolischen Aktion machten die Teilnehmer auf die nach ihrer Einschätzung höchst bedrohliche Situation aufmerksam. FOTO: TRINKHAU

Kahn in Not: Klinik-Beschäftigte warnen vor Untergang

Der „Reutlinger Generalanzeiger“ berichtete am 23.7. von einer Aktion Tübinger Klinikbeschäftigten.

der Patienten, die auf eine Pflegekraft fällt, mit am höchsten aller OECD-Länder. Gleichzeitig befinden sich die Löhne des Krankenhauspersonals am Ende der Skala.

Mit der Unterfinanzierung steigt der Privatisierungsdruck auf die kommunalen Träger der Krankenhäuser. In Deutschland ist zwischenzeitlich die Privatisierungsquote mit 14,1 % höher als in den USA.

Gegen die Budgetdeckelung und die Unterfinanzierung der Krankenhäuser hat sich ein breites gesellschaftliches Bündnis gebildet. Dazu gehören: Verdi,

die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche Städtetag, der Marburger Bund und weitere.

Erste Aktionen gegen die Kostendeckelung sind bereits angelaufen. Höhepunkt ist eine bundesweite Demonstration am 25.9.08 in Berlin. Aus Baden-Württemberg fahren Sonderzüge und Busse. Es werden zwischen 100000 und 150 000 Teilnehmer/innen erwartet. Nähere Informationen unter www.mehrgeldfuerkrankenhaeuser.verdi.de. Die Linke unterstützt diese Kampagne und kämpft für den Erhalt unserer Solidarsysteme. Die chronische Unter-

finanzierung der Krankenhäuser und die gleichzeitige Verhinderung von Beitragssteigerungen für die Beschäftigten und Rentner/innen lassen sich nur durch eine solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung beheben.

Nährwertkennzeichnung und Gesundheitsvorsorge

Mitte Juli war Karin Binder zu Gast auf der Klausurtagung der NGG-Vorstände Mannheim-Heidelberg und Mittelbaden-Nordschwarzwald. Hier referierte die Karlsruher Bundestagsabgeordnete zum Thema „Verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung.“ Die in der Linksfraktion auch für den Bereich Ernährung zuständige Sprecherin für VerbraucherInnenpolitik arbeitet am Thema Lebensmittelkennzeichnung.

In ihrem Referat forderte Binder eine verbindliche farbliche „Ampel“-Kennzeichnung von Lebensmitteln. Menschen könnten sich so bewusster für gesunde Produkte entscheiden.

Binder: „das macht Druck auf die Hersteller, bessere Lebensmittel mit qualitativ hochwertigeren Grundstoffen zu produzieren, um „Rot-Kennzeichnungen“ zu vermeiden.“ Gerade auch die Qualität der Zweitmarken der Discounter könnte von solchen Umstellungen profitieren. Die NGG-KollegInnen haben den Anspruch, hochwertige und preiswerte Produkte herzustellen, auch für Menschen mit niedrigen Einkommen. Falsche Ernährung macht krank. Gesunde Ernährung muss auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel möglich sein.

Tarifrunde Einzelhandel:

Teilsieg errungen, neues Selbstbewusstsein

Es war zweifellos die härteste Tarifauseinandersetzung in der Geschichte des Einzelhandels. 16 Monate tarifloser Zustand konnte nach einer bisher beispiellosen Streikbewegung mit einem Tarifabschluss beendet werden. Der Versuch der Konzerne, die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft zu erpressen und einen Lohnabschluss mit der Streichung der Zuschläge für Spätöffnungs- Nacht- und Wochenendarbeit zu verknüpfen, ist gescheitert. Die Spätöffnungs- und Nachtzuschläge konnten unverändert verteidigt werden. Geopfert werden mussten die Samstagzuschläge zwischen 14.30 Uhr und 18.30 Uhr. Für sie gibt es einen Ausgleich von 150 Euro jährlich, der aber nach zwei Jahren ausläuft. Das ist der Preis, der für den Erhalt des zweitgrößten Flächentarifvertrages im Organisationsbe-

reich von Verdi bezahlt werden musste, weil trotz einer noch nie da gewesenen Streikbewegung nur eine Minderheit der Beschäftigten in den Arbeitskampf einbezogen werden konnte. Der Tarifabschluss fiel in eine erneute Streikwelle in Baden-Württemberg, die am 23. Juni begann und einen Tag nach dem Tarifabschluss am 10. Juli beendet wurde. In Baden-Württemberg streikten die Beschäftigten aus über 45 Betrieben, davon allein 24 in der Region Stuttgart. Solche Streikbewegungen waren vor Beginn dieser Tarifrunde undenkbar. Mehrtägige Streiks bildeten die Ausnahme. Zwischenzeitlich gibt es kaum einen Streikbetrieb, der nicht mindestens eine Woche bestreikt wurde. Manche Belegschaften, wie die jungen Kollegen/innen von H&M in Stuttgart haben über 20 Streikwochen auf dem Buckel: permanente Aktionen vor den Eingängen, regelmäßige Demonstrationen, gegenseitige Streikbesuche, Streiklieder, Performance auf der Königsstraße, regelmäßige Streik-

versammlungen. Die Streikenden entwickelten eine neue Streikkultur und lernten den Streik zu ihrer Sache zu machen. Die Angst ist gewichen und bei den Kollegen/innen, die sich an den Streiks beteiligten ist neues Selbstbewusstsein entstanden. Das werden sie auch dringend brauchen, denn die hohen Preise für Energie, Lebensmittel, Wohnen, usw. wird die eher bescheidene Lohnerhöhung von 3% schnell auffressen. Im Einzelhandel werden ohnehin viel zu niedrige Löhne bezahlt. Überwiegend arbeiten dort Frauen. Sie werden mit der Erfahrung ihrer Streiks und der vielen neuen Aktionen im Rücken bereits im Frühjahr 2009 für eine deutliche Lohnerhöhung kämpfen. Beschäftigte anderer Tarifbereiche, aber auch Vertreter/innen der LINKEN besuchten immer wieder die Streikenden und zeigten ihre Solidarität. DIE LINKE muss künftig noch wahrnehmbarer Solidarität zeigen, wenn Beschäftigte gegen das Abdriften in den Niedriglohnbereich kämpfen. Bernd Riexinger

Mappus bedroht Schulsystemkritiker

Die Bildungsgewerkschaft GEW verlangt von Ministerpräsident Günther Oettinger und Kultusminister Helmut Rau, dass sie sich morgen im Landtag von den Äußerungen ihres Parteikollegen Stefan Mappus distanzieren und sich vor den Ravensburger Schulleiter Rudolf Bosch stellen. „Wer selbstständige Schulen will und Schulleitungen für den Erfolg verantwortlich macht, muss Kritik der pädagogischen Expertinnen und Experten ernst nehmen. Wenn sich die Landesregierung nicht öffentlich von den Aussagen von Mappus distanziert, werden wir die Schulen zu Protesten aufrufen“, sagte am Dienstag (22.07.) in Stuttgart Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Mappus hatte gefordert, Bosch abzulösen, weil dieser sich kritisch zur dreigliedrigen Schulstruktur im Südwesten geäußert hatte. „Rudolf Bosch nimmt das Schulgesetz und den Auftrag der Schule ernst. Wenn er als pädagogischer Profi feststellt, dass durch die Bildungspolitik in unserem Land Kinder in unseren Schulen nicht ausreichend gefördert werden und zu Verlierern werden, hat er das Recht und die Pflicht, dies auch öffentlich zu machen und im Interesse der Kinder und Jugendlichen Veränderungen zu verlangen“, sagte Moritz. Die GEW organisiert die meisten der etwa 5.000 Schulleiterinnen und Schulleiter in Baden-Württemberg. „Bei uns melden sich viele Schulleiterinnen und Schulleiter aus ganz Baden-Württemberg, die Rudolf Bosch unterstützen wollen. Es ist ungeheuerlich, dass ein führender Landespolitiker ein Disziplinarverfahren fordert. Mappus überschreitet damit seine Kompetenzen und erinnert an die unsägliche Ära unter Kultusminister Mayer-Vorfelder, in der immer wieder kritischen Lehrkräften Maulkörbe verpasst wurden“, so Moritz.

Pressemitteilung der GEW Ba-Wü

Bildungsoffensive der Landesregierung hilft den Benachteiligten nicht

„Bisher bestehe die Bildungsoffensive nur aus Versprechen“, kommentiert LINKEN-Landessprecher Bernd Riexinger die Bildungsoffensive der Landesregierung. Die Senkung des Klassenteilers sei wichtig. Sie komme dort aber nicht an, wo sie am wichtigsten wäre, nämlich bei den Grundschulen.

Denen hatte Oettinger schon im Landtagswahlkampf eine Senkung auf 28 versprochen, im Nachhinein habe sich durch die jahrgangsübergreifende Berechnung für viele Schulen eine Ver-



SASBACH. An der Heimschule Lender diskutierte MdB Karin Binder mit Schülerinnen und Schülern. „Profitiert die Linkspartei von der Politikverdrossenheit, in dem sie unrealistische Versprechen macht?“ Dieser und anderen kritischen Fragen sah sich Karin Binder gegenüber, als sie zur Vorbereitung der Berlin-Fahrt mit Schülern der Heimschule Lender sprach.

schlechterung ergeben. Die Vorgaben der Landesregierung sehen vor, dass der Klassenteiler an Grundschulen erst 2011 von 31 auf 30 Kinder gesenkt wird. Nach heutigem Stand beträfe dies gerade nur 88 Klassen, die Bildungsoffensive gehe also weitgehend an den Kindern vorbei, bei denen die Senkung des Teilers am vordringlichsten sei. Dies gelte auch für die Hauptschulen. Hier profitierten im übernächsten Schuljahr nicht einmal zehn Klassen von der Senkung. Zudem sei ein Klassenteiler von 28 für die Brennpunkthauptschulen nach wie vor viel zu hoch. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag der GEW, vorrangig den Klassenteiler in Grund- und Hauptschulen auf 25 abzusenken. Auf die Krise der Schullandschaft, das Wegbrechen

von Standorten, die Benachteiligung der Hauptschüler gebe Oettinger weiterhin keine Antwort. Dass die Hauptschulen „gleichrangig“ seien, habe die Regierung schon seit drei Jahrzehnten behauptet. Die Flucht der Eltern aus der Hauptschule beweise das Gegenteil. DIE LINKE setzt sich daher ein für eine Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und für wohnortnahe Gemeinschaftsschulen bis Klasse 10, in die Grundschulklassen gemeinsam überwechseln können. Die Berufschancen der Hauptschüler verschlechtern sich von Jahr zu Jahr. Auch in diesem Jahr hätten bisher an vielen Hauptschulen gerade 10% der 9. Klassen eine Lehrstelle. Das Recht auf Bildung müsse durch ein Recht auf Ausbildung ergänzt werden.

Bayern: Chance auf Einzug in den Landtag

Klaus Ernst, stellvertretender Parteivorsitzender und bayerischer Bundestagsabgeordneter: „Wir haben auch im Freistaat eine realistische Chance auf den Einzug in den Landtag. Offenbar will die bayerische Bevölkerung den Wandel. Einen Kurswechsel für Bayern kann es nur geben, wenn nach dem 28. September 2008 auch in Bayern eine Linksfraktion die Verhältnisse zum Tanzen bringt. Nur wenn DIE LINKE in Fraktionsstärke den Sprung in den Landtag schafft, besteht eine Chance, die absolute Mehrheit der CSU zu brechen. Nur DIE LINKE ist Garant für eine laute und konsequente Opposition in Bayern.“

Unterstützt den Landtagswahlkampf in Bayern!

Am 28. September ist Landtagswahl in Bayern. Alle Landesverbände unserer Partei sind aufgerufen, zu helfen. Der Regierungsbezirk Schwaben soll von Kreisverbänden in Baden Württemberg unterstützt werden. Schwaben grenzt

von Norden nach Süden an Baden Württemberg. Es verläuft etwa von der Höhe Ellwangen über Ulm, Ravensburg bis Lindau. In den nächsten Tagen werden sich die Regionen in Schwaben aufgrund einer Vorschlagsliste direkt mit Kreisverbänden in Baden Württemberg in Verbindung setzen und mögliche Termine absprechen. Wo kein direkter Kontakt zustande kommt, läuft das über das Regionalbüro in Ulm. Mitglieder, die an einem oder an mehreren Tagen in Bayern Wahlkampf machen wollen, können sich im Landesbüro melden oder direkt im Ulmer Büro. Unterstützung erhofft man sich hauptsächlich bei der Plakatierung und der Verteilung von Wahlzetteln und Wahlbriefen in Briefkästen. Jegliche andere Art der Unterstützung ist auch denkbar. So soll am 26.09., kurz vor dem Wahltag, ein 48-Stunden-Wahlkampf laufen, bei dem die Kreativität der Akteure gefragt ist. Meldungen und Rückfragen über das Regionalbüro in Ulm, Walter Kubach. EMail: buero-ulm@die-linke-bw.de; Tel. 0731/3988823; mobil: 016090792293. *Walter Kubach*

Fast die gesamte Welt ist ausgeschlossen

Heike Hänsel, entwicklungs-politische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zieht eine Bilanz des diesjährigen G8-Gipfels



Wie alt werden Sie im Jahre 2050 sein?

Vierundachtzig – wenn ich so viel Glück habe wie meine Großmutter, die sechshundneunzig Jahre alt geworden ist.

Dann könnten Sie ja durchaus noch in den Genuss des bis dahin halbierten CO₂-Ausstoßes kommen, auf den sich der G8-Gipfel jetzt geeinigt hat.

Dieses „Ergebnis“ ist wirklich der Gipfel. Da benennen diese Regierungschefs Zeiträume, die sie selbst nicht mehr erleben werden, ohne konkrete Schritte, kurzfristige Ziele oder ähnliches vorzuschlagen. Das war nichts als viel heiße Luft, die auch noch zur Klimaerwärmung beiträgt.

Worauf gründet Ihre Skepsis gegenüber den „Großen 8“ und ihren Gipfelbeschlüssen?

Wir haben ja bereits bei den letzten Versprechungen von Angela Merkel in Heiligendamm gesehen, wie gering die Halbwertszeit ihrer Klima-Ankündigungen ist. Kurz nach dem Gipfel hatte sie bereits wieder die Interessen der deutschen Automobilindustrie über die CO₂-Einsparungen auf europäischer Ebene gestellt. Auch die großen Finanzierungszusagen für die Entwicklungshilfe werden nicht eingehalten.

Sie heben auf den Haushaltsentwurf für 2009 ab, den die Bundesregierung noch kurz vor der G8-Reise der Kanzlerin verabschiedet hat.

Genau. Es gibt zwar mehr Geld für den Entwicklungsetat nächstes Jahr – aber bei weitem nicht genug, wenn die Bundesregierung ihre Versprechungen einhalten will. Der Etat liegt bei gerade einmal 14 Prozent der gemachten Zusagen auf dem Gipfel in Gleneagles 2005. Zum Vergleich: Bei der letzten Bankenkrise war es dem Finanzminister möglich, binnen Tagen 7-8 Milliarden Euro zu mobilisieren. Warum geht das nicht, um weltweit Armut, Hunger und Krankheiten zu bekämpfen?

Nun können einzelne Staaten für sich oder durch bilaterale Vereinbarungen nur sehr begrenzt Klimaschutz vortreiben, sondern sind auf eine möglichst große Gemeinschaft angewiesen, die hierbei die gleichen Ziele verfolgt. Es braucht als ein internationales Gremium oder Forum hierfür.

Ja, aber das sind natürlich nicht diese Gipfel und ihre dazugehörigen Vorbe-

reitungsstreffen. Dort ist fast die gesamte Welt ausgeschlossen, China, Indien, Brasilien, Südafrika dürfen am letzten Tag am Katzentisch Platz nehmen – was für eine Arroganz! Diese Herausforderungen müssen ausschließlich im Rahmen der UNO und vielleicht einem neuen „Klimarat“, an dem die Zivilbevölkerung beteiligt wird, verhandelt werden.

DIE LINKE fordert eine friedliche und ökologische Energiewende, um weitere Ressourcenkriege zu verhindern. Wäre es auf dem Weg dahin nicht durchaus sinnvoll, Atomenergie solange friedlich zu nutzen, bis der Energiebedarf tatsächlich durch erneuerbare Energie gedeckt werden kann? Die SPD denkt ja bereits über verlängerte Laufzeiten bundesdeutscher AKWs nach.

Momentan läuft eine enorme Propaganda der Atomlobby. Lösungen für die Energiekrise bringt das aber nicht. 1. Kernenergie kann immer zivil und militärisch genutzt werden. 2. Die Risiken der Atomenergie und ihre radioaktiven Abfälle werden dadurch potenziert. 3. Längere Laufzeiten werden die Energie nicht billiger machen, da dies strukturelle Probleme der Monopolstellung der Energiekonzerne sind, deshalb ist es dringend notwendig, die Energiekonzerne zu rekommunalisieren und in

kleinere Einheiten zu zerschlagen. 4. Wir müssen dringend in mehr Energieeffizienz und die massive Förderung der regenerativen Energien investieren. Dazu ist die Atomkraft keine Alternative.

Ihr Fraktionskollege Aydin hat ja auch kritisiert, dass in Toyago besser über die Beseitigung von Hunger und Armut als über Atomstrom hätte diskutiert werden sollen.

Ja klar, das war ein plumper Versuch von George W. Bush, die Renaissance der Atomenergie einzuläuten und gleichzeitig die drängenden Fragen der Verteuerung von Lebensmitteln in den Hintergrund zu drücken. Aber gerade hier wäre es überfällig, die Förderung der Biokraftstoffe sofort zu stoppen und auch die Spekulation mit Lebensmitteln an der Börse einzudämmen – z.B. durch ein Verbot der Hedge-Fonds.

Wird DIE LINKE den G8-Gipfel nach der Sommerpause in irgendeiner Form im Bundestag thematisieren?

Dieser Gipfel war – wie die vorherigen auch – überflüssig. Insofern sollten wir im Parlament den Druck erhöhen, dass diese Gipfelpolitik diskreditiert wird. Wir setzen uns stattdessen für eine demokratische, partizipative Politik des Friedens und der Entwicklung von unten ein.

60 Jahre UN-Erklärung Menschenrechte – Grund zum Feiern ?

von Esther Broß

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AMER) wurde am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen feierlich verkündet. Die dreißig Artikel umfassende Erklärung war eine direkte Reaktion der Weltgemeinschaft, basierend auf den Erfahrungen mit dem Faschismus, dem daraus resultierenden 2. Weltkrieg und dem millionenfachen Mord aus rassistischen und politischen Gründen in den Konzentrationslagern. Damit eine solche Barbarei nie wieder geschehen kann, sollen die dreißig Artikel der AMER die grundlegenden Rechte der Menschen schützen: „ohne irgendeinen Unterschied etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ (Auszug aus der Präambel der AMER) Soweit so gut. Doch wie sieht es mit den Menschenrechten 60 Jahre nach ihrer Verkündung aus? Amnesty International (AI) zeichnet ein düsteres Bild der Menschenrechtssituation weltweit. Menschen werden weiterhin diskriminiert, gefoltert und getötet. „Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen charakterisieren die Welt von heute. Die Regierungen müssen jetzt handeln um die klaffende Lücke zwischen Versprechen und Realität zu schließen“, erklärte AI-Generalsekretärin Irene Khan in London anlässlich der Pressekonferenz zum AI-Jahresbericht 2008.

Was hat DIE LINKE dazu zu sagen? Auf Empfehlung des Landesausschusses der LINKEN in Baden-Württemberg sollen zu diesem Jahrestag der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte (AMER) mehrere Veranstaltungen in den Kreisverbänden angeboten werden.

Im Rahmen meines Praktikums bei Heike Hänsel habe ich die Aufgabe übernommen, solche Veranstaltungen mit den Kreisverbänden, dem Landesbüro und mit Bündnispartnern zu koordinieren und Referentinnen zu besorgen. Veranstaltungsthemen mit aktuellem Bezug könnten jeweils einzelne Artikel aus der AMER sein, z.B. Artikel 25: „Wohnen ist Menschenrecht“, Artikel 12: „Schutz der Privatsphäre“ oder Artikel 23: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, um nur einige anzuführen. Für Dezember ist eine Abschlussveranstaltung in Stuttgart vorgesehen.

Weitere Informationen und Kontakt: Esther Broß, KV Die Linke. Ortenau, Weidenstr. 30, 77871 Renchen; Tel: 07843-1695; Mail: esther-bross@t-online.de

Stuttgarter Schüler drohen mit Schülerstreik

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“ schallte es am 3.7. von der Zuschauertribüne des Stuttgarter Gemeinderats. Im Anschluss an eine kurze Demo machten die SchülerInnen, die dem Aufruf von Linksjugend [solid] gefolgt waren, mit Plakaten und einem Transparent auf die Mißstände im Bildungswesen aufmerksam. Eine Vertreterin griff das Stichwort „Stuttgart 21“ von Stadtkämmerer Michael Föll auf und erklärte: „Landesregierung und Gemeinderat, die angeblich kein Geld für unsere Bildung haben, haben in den letzten Monaten beschlossen 5 Milliarden Euro für das Prestigeobjekt Stuttgart 21 aus dem Fenster zu werfen. Und weil man der Bevölkerung erklären muss, die Tieferlegung des Hauptbahnhofs sei wichtiger als Kindergartenplätze und Bildung, hat der Gemeinderat 1 Million Euro für eine „Imagekampagne“ für S-21 beschlossen.“ Die Gemeinderäte quittierten das Zwischenspiel teils mit Interesse, größtenteils jedoch mit zynischen Kommentaren. Nach mehrfacher Aufforderung den Sitzungssaal umgehend zu verlassen, erklärten SchülerInnen: „Dies war nur der Auftakt. Im Herbst wird ein bundesweiter Schülerstreik stattfinden.“

(Tinnette Schnatterer)



Schulstreik: Über 1.500 SchülerInnen streikten in Tübingen

Am 12. Juni fanden bundesweit in mehreren Städten Schulstreiks statt. In Tübingen beteiligten sich 1.500 SchülerInnen am Streik, der von der Freien SchülerInnen Organisation (FSO) organisiert wurde. Neben der GEW unterstützten die Tübinger LINKE-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel und linksjugend [solid] den Streik.



Lernfabriken abschaffen! – Schule geht auch anders!

Auszüge aus dem Redebeitrag von Frederico Elwing, Linksjugend [solid] – Sprecher beim Tübinger Schulstreik am 12.6.08

Die Schule spielt eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft. JedeR muss sie besuchen, jedeR hat angeblich die gleichen Chancen und trotzdem sind wir am Ende alle verschieden: HauptschülerInnen, RealschülerInnen, GymnasiastInnen.

Die kapitalistische Gesellschaft begreift Bildung in erster Linie als Qualifikation für das Berufsleben. Zweck der Bildung ist einerseits die Veredelung der Ware Arbeitskraft und andererseits die Auslese von geeignetem Personal. Bildung dient somit den Interessen der Herrschenden.

In Deutschland und ganz besonders in Baden-Württemberg hängt der schulische Erfolg stärker vom sozialen Hintergrund der Eltern ab, als in anderen Ländern. In Baden-Württemberg sind Klassengrößen von über 30 SchülerInnen an der Tagesordnung. Nach kapitalistischer Logik sind die vermeintlich Schwächsten, die am wenigsten Verwertbaren und damit auch die am wenigsten Förderungswürdigen. Dies zeigt sich auch im Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen und in den katastrophalen Verhältnissen an den Hauptschulen.

Besonders deutlich wird dies an der frühzeitigen Auslese beim Wechsel auf eine weiterführende Schule. Einmal in ein lernschwächeres Umfeld einsortiert, wird es den SchülerInnen sehr schwierig gemacht, einen höheren Bildungsabschluss zu machen. (...)

Bildung sollte zur Demokratisierung beitragen: alle sollten so viel lernen, dass sie an gesellschaftlichen und politischen Prozessen mitmachen können. Gerade dies leistet die aktuelle Schule nicht: Es wird im Gegenteil daran gewöhnt, immer nur das zu tun, was von einem verlangt wird. Selbstbestimmung und Kreativität sind selten möglich.

Bildung ist ein Grundrecht aller Menschen. Sie darf daher nicht zur Ware werden. Wir wenden uns gegen jegliche Formen von Privatisierungen im Bildungsbereich. Wenn Bildung in die Hände privater Profitgier fällt, wird sie an betriebswirtschaftlicher Logik gemessen und Menschen werden aufgrund ihres sozialen Status' ausgegrenzt.

Um den gleichen Zugang für alle SchülerInnen zu ermöglichen, fordern wir eine wirkliche Durchsetzung der in der Landesverfassung festgeschriebenen Lernmittelfreiheit!

Wir fordern kleinere Klassen und eine bessere Ausstattung der Schulen!

Wir fordern die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung einer Gemeinschaftsschule,

in der alle SchülerInnen länger gemeinsam lernen!

Und wir sagen ganz klar: Das Recht der Versammlungsfreiheit muss über der Schulpflicht stehen. Wenn SchülerInnen an Demonstrationen teilnehmen möchten, dürfen ihnen keine Repressionen seitens der Schulleitungen oder -ämter drohen!

Wir wollen Druck machen für grundlegende Bildungsreformen. Reformen, die sich an den Interessen der SchülerInnen orientieren und bei denen nicht die soziale Herkunft den Bildungsweg bestimmt. Reformen, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Lebensumfeld ermöglichen. Wir setzen uns für selbstbestimmte Bildung und mehr Mitbestimmungsrechte für SchülerInnen ein.

Irland sagt nein zu Sozialabbau und Aufrüstung!

„Irland ist keine Insel. Die Menschen in Europa wollen den Lissabon-Vertrag nicht!“, erklären Frederico Elwing und Andreas Rose, Landessprecher der linksjugend [solid] Baden-Württemberg, Jugendverband der LINKEN anlässlich des irischen Neins zum EU-Reformvertrag.

Die Bundesrepublik Deutschland kann von Irland lernen: Volksabstimmungen über grundlegende Fragen der Politik müssen endlich auch hier eingeführt werden. Irland ist aktuell EU-Meister in Sachen Demokratie. Die BRD muss dringend nachziehen. Vorbild sollte hierbei die Schweiz sein, die zeigt, wie demokratische Beteiligung der Bevölkerung möglich ist.



Rock gegen Rechts in Bietigheim-Bissingen

Das Rock gegen Rechts 2008 fand am 26. Juli in Bietigheim-Bissingen statt. Immer häufiger zeigen sich Neonazis in Bietigheim und Umgebung in der Öffentlichkeit und proklamieren ihr menschenverachtendes Gedankengut. Im Oktober 2007 schändeten Rechtsextreme den jüdischen Friedhof in Freudental. Bei dieser Schandtat, von den Medien

als „Schlimmste Schändigung seit 45“ betitelt, wurden 65 Grabsteine umgeworfen, zerstört und mit Nazisymbolen beschmiert. Diese feige und niederträchtige Tat dürfen wir nicht ignorieren! Letztes Jahr tauchten beim Rock gegen Rechts Neonazis auf, um Unfrieden zu stiften. Sie provozierten und verfolgten BesucherInnen und versuchten eine Infowand zu beschädigen.

Im Februar dieses Jahres beabsichtigte das „Gedenkkomitee Horst Wessel“ einen Trauermarsch zum Todestag des SA-Führers Horst Wessel in Bietigheim durchzuführen. Zur Teilnahme an der Demonstration riefen neben der Linksjugend [solid] Stuttgart zahlreiche antifaschistische Gruppen und Jugendorganisationen auf.



Rock gegen Rechts in Mannheim

Am 20. Juni fand auf dem Alten Messplatz in Mannheim das Open-Air-Konzert Rock gegen Rechts statt. Veranstalter wurde das Konzert von den Stadtjugendringen Mannheim und Ludwigshafen. Organisiert wurde Rock gegen Rechts von Gruppen wie der Linksjugend [solid], den Jusos, den Falken und der DGB-Jugend. Das Konzert stand unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeister von Mannheim und Ludwigshafen, Dr. Peter Kurz und Dr. Eva Lohse. Im Programm waren unter anderem Bands der Popakademie wie die Hesslers, Heuser, Blaues Wunder oder Shaolin Fight Club sowie Royal Rambo und Mannheim United, die Band der Stadträtin Gudrun Kuch. Zwischen den einzelnen Bandauftritten sensibilisierten Gastredner wie Dr. Peter Kurz (OB) und Yusuf As (DIDF) das Thema für das Publikum. Mit über 500 Besuchern war der Aktionstag Rock gegen Rechts ein voller Erfolg.

Dreiländerdemo in Freiburg

Am 7. Juni gingen in Freiburg unter dem Motto „Jeder Mensch hat das Recht auf ein gutes Leben...“ über 500 Menschen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz für Wohnraum, bessere Lebensbedingungen für alle, sowie Bleiberecht und gegen rassistische Politik auf die Strasse. Zahlreiche Organisationen und Initiativen wie der Verdi-Erwerbslosen-ausschuß, das Maison de la citoyenneté mondiale Muhlhouse, die Betroffeneninitiative Wohnungslose Offenburg, das Comité des Chômeurs et Précaires de Mulhouse, der Runde Tisch gegen Hartz IV in Freiburg und auch Die Linke. SDS-Hochschulgruppe Freiburg hatten unter der Federführung von Aktion

Bleiberecht Freiburg zu dieser Kundgebung aufgerufen. Die Demo verlief bunt, laut und friedlich und setzte damit ein deutliches Zeichen gegen die zunehmende Ausgrenzung vieler Menschen vom gesellschaftlichen Leben durch die unsoziale und diskriminierende Politik in Deutschland und den Nachbarländern.



Kommunalpolitik und Antifa als Schwerpunkte

Auf dem Landesarbeitskreistag der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg, der am 19. Juli in Tübingen stattfand, und mit circa zwanzig Personen gut besucht war, wurden zwei neue Arbeitskreise gegründet. Der Arbeitskreis Kommunalpolitik definiert seine Funktion in der programmatischen Begleitung des Kommunalwahlkampfes 2009 in Baden-Württemberg. Der AK hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, junge KandidatInnen aus dem Umfeld der Linksjugend [solid] im Wahlkampf zu unterstützen und ihnen kommunalpolitische Grundlagenkenntnisse zu vermitteln. Weitere InteressentInnen sind herzlich eingeladen mitzuwirken. Kontaktperson ist Christoph – christoph@solid-bw.de Der Arbeitskreis Antifa wird sich verstärkt mit faschistischen Umtrieben in Baden-Württemberg auseinandersetzen und AntifaschistInnen vor Ort vernetzen. Außerdem will er die Neuauflage der erfolgreichen „Aufmucken gegen rechts“-Kampagne aktiv unterstützen. Im Rahmen der Aufmucken-Kampagne sollen in Baden-Württemberg antifaschistische Konzerte stattfinden, von denen eine Band dann auf einem neuen „aufmucken“-Sampler vertreten sein soll.

In einem Abschlussplenum wurden die Ergebnisse der Arbeitskreistreffen und weitere geplante Aktivitäten vorgestellt.

Erfolgreiches Pfingstcamp 2008

Mitte Mai fand das alljährliche Pfingstcamp der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg statt. In einer Bildungsstätte der Falken in der Nähe von Triberg im Schwarzwald hatten sich mehr als 20 Genossinnen und Genossen aus dem Jugendverband eingefunden, um gemein-

linksjugend [solid]

sam das Wochenende zu verbringen. Nach der Anreise am Freitag wurden sogleich die roten Flaggen gehisst (siehe Bild) und dann gab es zur Stärkung erst einmal Fleisch und Pflanzen vom Grill. Im Anschluss berichtete unser Ehrenmitglied Carsten Labudda über die Geschichte des Jugendverbandes und vermittelte den Anwesenden die Erfahrungen, welche er während seiner aktiven Zeit in den Vorgängerorganisationen von Linksjugend [solid] sammeln konnte. Nach seinem sehr interessanten Vortrag wurde noch lange diskutiert und dann bis tief in die Nacht gefeiert.



Samstags, nach einem sozialistischen Frühstück, ging dann der politische Teil unseres Camps weiter. Auf der Tagesordnung stand ein Workshop der sich mit rechtlichen Dingen im Zusammenhang mit Demonstrationen befasste. Nachmittags fand in sehr entspannter Atmosphäre unser Landesjugendtreffen statt, auf dem über kommende Aktionen und Projekte des Landesverbands gesprochen wurde. Gegen Abend ging der offizielle politische Teil dann wieder in einen entspannteren, aber nicht minder politischen Teil über. Es wurden Filme geschaut, ein wirklich riesiges Puzzle gelöst und mit vielen Kästen Bier und Limonade einige bedeutende Politik-inhalte durchgekaut. Sonntagnachmittag, während des Tagesordnungspunktes „Abreise“, war der einstimmige Tenor: „Das diesjährige Pfingstcamp war ein voller Erfolg!“





Von links: Francis Wurtz (EP), Thomas Heidt (KV Ortenau) und Jean-Baptiste Metz (PCF) bei der Veranstaltung am 18. Juni in Strasbourg.

Deutsch-Französische Begegnung der Linken

Für ein Europa der Résistance

Am 18. Juni 2008 luden der Verband Bas-Rhin der Kommunistischen Partei Frankreich (PCF) und der Kreisverband Die Linke. Ortenau in das Maison des Associations in Strasbourg zu einem gemeinsamen Treffen und Austausch ein.

An „alte Traditionen“ grenzüberschreitender Zusammenarbeit anknüpfend war Ziel dieses Treffens der Austausch, das gegenseitige Kennenlernen, Ausbau der Kontakte sowie weitere Zusammenarbeit.

Engeladen waren Francis Wurtz, Präsident der Vereinten Europäischen Linken und Mitglied des Exekutivkomitees der PCF und Helmuth Markov, MdEP DIE LINKE.

Die regionalen Gliederungen der beiden Parteien vertraten Jean-Baptiste Metz, Departement- Sekretär der PCF/ Bas-Rhin, und Thomas Heidt, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE Ortenau.

Helmuth Markov eröffnete die Runde mit einer Rückbetrachtung und Analyse der Gründe, die in Irland zur Ablehnung des Vertrages von Lissabon geführt haben. Jean-Baptiste Metz und Thomas Heidt beschrieben die politische Situation beiderseits des Rheins und betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit.

Francis Wurtz erinnerte an die gemeinsame Geschichte von der Résistance über die Kampagne gegen die Berufsverbote bis hin zu der gemeinsamen Aktion gegen Le Pen, den Chef der Front National. Das Wahlergebnis in Irland wertete Francis Wurtz als Ausdruck der Legitimitätskrise der EU.

Den Diskussionsbeiträgen und dem

Beifall der Anwesenden war weitgehende Zustimmung zu den Beiträgen zu entnehmen.

Die Zusammenarbeit sollte nach Meinung der ca. 70 Anwesenden fortgesetzt und intensiviert werden. Als Themen der Zusammenarbeit in der nahen Zukunft wurden die Information und Aufklärung über Errichtung und Ausgestaltung des so genannten Eurodistrictes als auch das anstehende Großereignis des Nato-Treffens im Frühjahr 2009 in Kehl/ Strasbourg aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung der NATO festgelegt.

Es wurde an diesem Abend die Bildung einer Kooperationsgruppe und regelmäßige Treffen der Gliederung beider Parteien beschlossen.

Nach Sarkozys Besuch in Dublin

Nein meint Nein zum Lissabonner Vertrag, nun europaweit

Tobias Pflüger (MdEP, DIE LINKE) war am 20. Juli auf Einladung von CAEUC (Campaign Against EU Constitution- Vote No to the Lisbon Treaty) in Dublin. Pflüger nahm als Referent an der Konferenz der irischen progressiven Nein-Kräfte gegen den Lissabonner Vertrag teil und sprach am Montag (21. Juli) auf der Demonstration anlässlich des Besuches des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Das Motto beider Veranstaltungen war: „NO means NO“, „Nein meint Nein“.

Der französische Präsident und derzeitige Vorsitzende des Rates der Europäischen Union Nicolas Sarkozy hatte im Vorfeld des Irland-Besuches intern vor Abgeordneten der französischen Regierungspartei UMP ein erneutes Referendum in Irland gefordert.

„Ich konnte vor Ort feststellen, wie groß die Empörung in Irland über die Forderung von Sarkozy nach einem erneuten Referendum war und ist. Diese Empörung reicht im Übrigen weit über das NEIN-Lager hinaus“, so der Europaabgeordnete Tobias Pflüger. „Selbst breite Kreise des JA-Lagers lehnen eine solche undemokratische Nötigung ab.“

Man stelle sich vor, nach einer Bundestagswahl würden Stimmen laut, die Wahl zu wiederholen, weil manchen das Ergebnis nicht passt. Die Forderung nach einem erneuten Referendum sagt viel über das Demokratieverständnis von Sarkozy und anderer Vertreter der selbsternannten EU-Eliten aus.“

Interessant ist, dass Nicolas Sarkozy während seines Besuches in Irland deutlich vorsichtiger geworden ist, den Lissabonner Vertrag mit der Brechstange durchsetzen zu wollen. Trotz allem hält die französische Ratspräsidentschaft daran fest, das Vertragswerk doch noch zu ratifizieren. Dazu Tobias Pflüger: „Der Lissabonner Vertrag ist tot, notwendig ist ein anderer EU-Vertrag.“

Der Ratschlag von CAEUC, der irischen Nein-Kampagne, hatte u.a. als Ergebnis, dass nun die irische Kampagne „No means No“ europäisiert werden soll. CAEUC startete am 21. Juli in Dublin eine europaweite Kampagne um das irische NEIN zu verteidigen.

Die irischen Freundinnen und Freunde bitten um Unterstützung für eine europaweite Kampagne „Nein meint Nein – Nein zum Lissabonner Vertrag“. CAEUC ist sehr daran interessiert, eine solche Kampagne auch mit globalisierungskritischen und linken Organisationen und Parteien aus Deutschland zu machen. Es macht Sinn, dass nun Organisationen in Deutschland Beschlüsse fassen, dass sie diese Kampagne unterstützen. Dies sollte dann CAEUC (www.CAEUC.org) mitgeteilt werden.

„Die Irinnen und Iren haben einerseits für Irland abgestimmt, sie haben andererseits aber auch stellvertretend für all die Menschen abgestimmt, denen ein Referendum über den Lissabonner Vertrag – wie in Deutschland – vorenthalten wurde. Eine gemeinsame, europaweite Kampagne nach dem irischen Motto ‚Nein meint Nein‘ ist dringend geboten“, so Tobias Pflüger.

Gegen das Verbot des Fernsehsenders Hayat TV

Am 3. Dezember 2007 ging der Fernsehsender HAYAT TV unter dem Motto „Alle Farben des Lebens“ über Satellit auf Sendung. Unterstützt wurde der Sender von hunderten Schriftstellerinnen und Schriftstellern, Künstlerinnen und

Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Politikerinnen und Politikern aus der Bundesrepublik und der Türkei. Am 16. Juli 2008 musste HAYAT TV die Ausstrahlung unterbrechen, weil der Sender vom Frequenzanbieter TÜRKSAT dazu aufgefordert wurde. Das türkische Innenministerium und die staatliche Medienaufsichtsbehörde RTÜK wiesen TÜRKSAT an, die Ausstrahlung der Sendungen von HAYAT TV zu unterbinden.

Bislang liegen keinerlei rechtliche Grundlagen oder Gerichtsurteile vor, die die Rücknahme der Nutzungsrechte von Sendefrequenzen im Falle von HAYAT TV rechtfertigen. Die Verbotsverfügung mit dem Verweis auf "Sendungen mit separatistischem Inhalt" ist folglich ein willkürlicher Akt.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Verbotsverfügung.

HAYAT TV ist ein Fernsender, der für Völkerfreundschaft und Solidarität eintritt. Ausgestrahlt werden auch Sendungen gegen Nationalismus sowie für Integration und ein friedliches Zusammenleben, die sich speziell an die in Europa lebenden türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten richten. HAYAT TV ist die Stimme von Millionen Menschen gegen Krieg, für Frieden, Demokratie und Freiheit. Diese willkürliche Verbotsverfügung ist weder mit Pressefreiheit noch mit internationalen Abkommen vereinbar.

Wir fordern die Geschäftsführung von TÜRKSAT und die AKP-Regierung auf, die Presse- und Medienfreiheit zu achten und das Verbot unverzüglich aufzuheben.

Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten zum Protest gegen das Verbot und zur Solidarität mit HAYAT TV auf.

Für Presse- und Medienfreiheit – Gegen das Verbot des Fernsehsenders HAYAT TV

ErstunterzeichnerInnen: Nafiz Özbek, IG Metall-Vorstand, Ressortleiter:Migration; NGG-Verwaltungsstelle Dortmund; Hüseyin Avgan, DIDF-Bundesvorsitzender; Metin Gür, Schriftsteller; Sevim Dağdelen, MdB; Feleknas Uca, MdEP

Waiblingen

Netter Abend – aber nicht für die CDU

Die CDU veranstaltete am 18. Juli in Waiblingen einen Infoabend zum Thema „Die Linke – Gefahr für die Demokratie?“ Referentin war eine Mitarbeiterin des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die CDU hatte zwanzig Leute im Saal, wir waren sieben. Vor der Veranstaltung verteilten wir Flugblätter gegen die Be-

spitzelung unserer Partei. Zu Beginn des Referates gab es ein längeres Zitat aus unserem Programm, zu dem wir Beifall spenden konnten.

Inhaltlich brachte das Referat wenig Neues. Grundsätzlich wiesen wir darauf hin, dass Antikapitalismus nicht verfassungswidrig ist, was die Referentin indirekt immer wieder unterstellte. Auch kritisierten wir die geradezu verschwörungstheoretische These, wonach Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung schon 2003 die „Ausdehnung im Westen“ so wie geschehen „geplant“ habe, also sozusagen die PDS die Hartz IV-Proteste und die WASG erschaffen habe. Auf die Frage, welche konkreten verfassungsfeindlichen Aktionen unsere Partei in Baden-Württemberg zu verantworten habe, kam keine Antwort. Wir protestierten gegen die Unterstellung, die Linken seien die Hauptgefahr für die Demokratie, obwohl die Referentin unmittelbar vorher eingeräumt hatte, dass der Nazi-Terror in den letzten Jahren 120 Tote zu verantworten hat.

Die anwesenden CDUler waren völlig außer sich über unser Auftreten und die Diskussionsleiterin beendete dann mit gutem Grund rasch die Diskussion, worüber auch die Referentin froh zu sein schien. Zum Schluss hatte uns die Referentin dann noch zugestanden, die Linke „könne intelligent vorgehen und strukturiert denken“. Danke und wir machen weiter so!

Reinhard Neudorfer

Muss die CDU in den Verfassungsschutzbericht?

SPD, Grüne und Linke hatten im Tübinger Kreistag schon zu Jahresbeginn einen Antrag gestellt, zukünftig in kreis eigenen Schulen ein kostengünstiges Mittagessen zu finanzieren. Als Einstieg sollen Kinder und Jugendliche aus Hartz IV Bedarfsgemeinschaften und mit Familieneinkommen bis 8 % über den SGB II Sätzen einen Anspruch bekommen. Die CDU signalisierte erst Ablehnung, brachte dann aber mit Unterstützung der Freien Wähler einen eigenen Antrag in nur leicht umformulierter Fassung zur Abstimmung. Im Ausschuss konnte Landrat Walter (CDU) alle Beteiligten überzeugen, das plötzlich gemeinsame Anliegen als interfraktionellen Antrag zu behandeln. Laut Schwäbischem Tagblatt beglückwünschte der linke Kreisrat Bernhard Strasdeit die CDU zum Versuch, den Antrag von SPD, Grünen und Linken noch zu optimieren. Strasdeit laut Tagblatt weiter: „Ich sehe Herrn Höschele (CDU) schon uns links überholen und hoffe, dass er dafür nicht in den Verfassungsschutzbericht kommt.“

Christopher Street Day 2008 in Stuttgart

Gabi Zimmers Grußwort als Schirmfrau

Am 19. Juli hielt die Europaabgeordnete der LINKEN Gabriele Zimmer die Festrede beim Gala-Auftakt der CSD Woche in der Stuttgarter Liederhalle. Durch Vermittlung der AG Queer war es gelungen, Gabi Zimmer als Schirmfrau zu gewinnen. Sie reihte sich mit dieser Aufgabe ein in eine lange Liste von PolitikerInnen wie Herta Däubler-Gmelin, Rezzo Schlauch, Heiner Geißler, Cem Özdemir, Ute Kumpf... Als erste nahm sie an allen wichtigen Veranstaltungen der CSD-Woche persönlich teil und begnügte sich nicht mit einem Grußwort oder einer Videobotschaft. In ihrem Redebeitrag als diesjährige Schirmfrau kritisierte sie die Absage der CDU-Sozialministerin Baden-Württembergs, dem Stuttgarter CSD 2008 ein Grußwort zukommen zu lassen. Das sei gegenüber den Schwulen und Lesben ein klarer Affront. Auch die Veranstalter kritisierten das Verhalten der Landesregierung. VertreterInnen von SPD, FDP, Grünen und LINKEN wurden von den Veranstaltern dagegen namentlich begrüßt.

Die Grenze der Toleranz scheine bei einigen Politikern und Politikerinnen dann erreicht zu sein, so Gabi Zimmer, wenn politische Forderungen von der Schwulen- und Lesbenbewegung erhoben werden. Zimmer weiter: „Noch vor Jahren wäre eine solche Reaktion einer Politikerin unbeachtet geblieben. Ich finde es gut, dass es heute quer durch die meisten Parteien in Stuttgart, im Landtag und selbst im Regierungsbündnis des Landes dazu Widerspruch gibt.“ Der gesamte Stuttgarter Redebeitrag von Gabi Zimmer ist auf www.die-linke-bw.de abrufbar. Hier im Landesinfo dokumentieren wir das Grußwort aus dem Programmheft des CSD.

Christian Stähle, AG Queer und Kreisvorstand Stuttgart



Liebe Schwule und Lesben, liebe Gäste des Christopher Street Day 2008 in Stuttgart,

der Christopher Street Day wird auch in diesem Jahr wieder deutschlandweit Millionen von Menschen zusammenbringen, die ihrer Lebensfreude und ihrem gelebten Stolz Ausdruck verleihen wollen.

Der CSD in Stuttgart ist mehr als nur ein großes Fest. In Erinnerung an



Die LINKE mit Gabi Zimmer (Mitte) beteiligt sich an der CSD-Parade mit einem Info-LKW. **Foto: Roland Hägele**

den Ursprung des CSD wird erneut die Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz des vermeintlichen Anderssein, der Gleichstellung von Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität sowie der Toleranz und des Respekts im Umgang miteinander gestellt.

Ich betrachte es als Ehre, als Schirmfrau für den diesjährigen CSD fungieren zu dürfen und freue mich sehr auf die gemeinsamen Tage im Juli.

Das Motto „Ich glaube...“ fordert dazu auf, sich mit eigenen Werten auseinanderzusetzen. Auch ich als Atheistin glaube an die Veränderbarkeit der Welt,

an die Fähigkeit zum solidarischen Umgang miteinander. Ich bin überzeugt davon, dass Menschenrechte unteilbar sind und als individuelle Freiheits- und soziale Rechte für jeden Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Abstammung, religiöser oder politischer Anschauungen und sexueller Identität gelten müssen.

Mit den vielfältigen Veranstaltungen des CSD wird die Diskriminierung von homosexuellen Menschen im Alltag in den Mittelpunkt gerückt. Ich begrüße das Angebot, das die Organisatoren des CSD Stuttgart für eine offene und to-

lerante und im gegenseitigen Respekt stattfindende Debatte machen. Die Thematisierung von Tabufragen wird Wirkung zeigen. Ein schwuler Berliner Bürgermeister kann nicht das Ende der Fahnenstange sein.

Noch immer werden EU-weit Diskriminierungen aufgrund sexueller Orientierungen sehr verschieden in der Öffentlichkeit reflektiert. In Deutschland sind es knapp ein Drittel der Bevölkerung, die die Diskriminierung von Homosexuellen als Problem überhaupt wahrnehmen. Um ein gleichberechtigtes Miteinander, eine tolerante und offene Gesellschaft zu erreichen, die jedem und jeder ermöglicht, ein selbst bestimmtes Leben in Würde zu führen, brauchen wir die breite Unterstützung von vielen, sind Aufklärung und Information nötig.

Initiativen wie die „Aktion Grundgesetz – Lesben und Schwule in die Verfassung!“ und der diesjährige CSD in Stuttgart mit seinen klaren politischen Forderungen verdienen unser aller Engagement!

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am CSD 2008 in Stuttgart interessante und spannende Begegnungen und ein rundum gelungenes Fest!

*Gabriele Zimmer,
MdEP DIE LINKE.
im Europaparlament*

„Frauen gegen Rechts“

Veranstaltung in Karlsruhe mit den MdBs Karin Binder (Linke) und Sylvia Kotting-Uhl (Grüne)

„Frauen gegen Rechts“ war der Titel einer gut besuchten Abendveranstaltung am 2. Juli in Karlsruhe-Durlach. Die Veranstaltung fand im Zusammenhang mit Aktivitäten gegen ein von der NPD geplantes Nazizentrum in Durlach statt. Die Veranstaltung wurde von LINKEN und Grünen gemeinsam getragen. Podiumsgast war neben den beiden Karlsruher Abgeordneten die Sozialwissenschaftlerin Rena Kenzo vom Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rolle von Frauen in der rechten Szene. Im Referat von Rena Kenzo wurde deutlich, dass Frauen in der rechten Szene kein neues Phänomen sind. Verändert hat sich jedoch ihre Position innerhalb der rechten Szene. Nach wie vor sind Frauen in der Regel ganz im Sinne völkischer Ideologie für den familiären und pflegerischen Bereich zuständig. Sie gewinnen jedoch mit dem Erstarken der rechten Szene an Bedeutung und fordern auch Funktionen und Macht.

Insbesondere in der NPD ist man sich des strategischen Mehrwerts aktiver

Frauen bewusst. So sollen in der NPD aktive Frauen nach außen „Normalität“ darstellen. Frauen besetzen soziale Alltagsthemen und sollen die NPD salonfähig machen. Dafür stehen auch Sommerfeste mit Kindern und NPD-Hüpfburgen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt jedoch deutlich: Frauen in der NPD und der rechten Szene sind aktive Vertreterinnen rassistischer und nationalsozialistischer Ideen. Sie fordern die getrennte Unterrichtung von deutschen und nichtdeutschen Kindern sowie die funktionale Einordnung von Frauen und Männern in die so genannte Volksgemeinschaft.

Die Frauen in der rechten Szene kommen oft aus dem Umfeld der Kameradschaften, sind häufig zunächst nur Mitläuferinnen oder Freundinnen männlicher Mitglieder. Immer öfter treten sie aber auch als lokale Anführerinnen auf. Rena Kenzo wies in ihrem Referat darauf hin, dass Frauen in der rechten Szene schon immer einen Spiegel der Gesellschaft abbildeten. Die Rolle der Frauen hat sich aber inzwischen deutlich verändert – es hat so etwas wie eine „braune Emanzipation“ stattgefunden.

Die Frauen in der rechten Szene sind selbstbewusster geworden. Sie gestalten rechte Politik an den ihnen durch die Ideologie zugewiesenen Stellen zunehmend mit. Kurz: Gebären und Erziehen für Deutschland ist und bleibt Frauensache, das Draufhauen überlässt man den Männern. Zitat von der Internetseite des Rings Nationaler Frauen (RNF): „Auch wenn Männer auf der politischen Ebene Ziele erreichen, so müssen die Frauen da sein, um Leben in das Volk zu tragen und dieses zu erhalten.“

Die Frauen, die heute den RNF in der NPD bilden, sind alte Bekannte und stammen häufig aus der Frauengruppe der verbotenen FAP, dem Skingirl Freundeskreis (SFD) oder der Gemeinschaft Deutscher Frauen (GdF). Gerade letztere Gruppe arbeitet eng mit der Heimattreuen Jugend, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen Wikingjugend. Aus solchem Umfeld erwächst ein neues Problem – die Erziehung von Kindern in einem geschlossenen rechtsextremistischen Umfeld, wo Vater und Mutter aktive Nationalisten sind und die Freizeitgestaltung in den Feriencamps der Heimattreuen Jugend stattfindet.

Hier verfestigen sich bereits in frühester Jugend nationalistische Weltbilder. Aber statt diesem Phänomen mit zusätzlichen Angeboten in Kitas, Betreuungseinrichtungen und Schulen entgegenzuwirken, werden Angebote nach wie vor zurückgefahren. Damit sinken gleichermaßen die Chancen und Zukunftsperspektiven der Jugendlichen in vielen Gemeinden nicht nur im Osten Deutschlands.

Allen Beteiligten der Veranstaltung war klar, dass der vermehrte Anteil an aktiven Frauen in der rechten Szene und deren innerer Organisation ein zusätzliches Warnsignal ist, das die Gesellschaft zum Handeln drängt. Es muss verhindert werden, dass Nationalisten innerhalb unserer Gesellschaft geschlossene Kreise bilden. Den menschenfeindlichen Ideen der Rechten muss die Gesellschaft aktiv entgegengetreten.

Dabei geht es auch um Ursachenbekämpfung. Das antisolidarische Konzept des Nationalismus mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist immer auch ein Ergebnis konkreter Verteilungsungerechtigkeit.

Eine solidarische und aktive Gesellschaft muss die existenziellen Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen. Demokratie, Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität können nur durch positive Erfahrungen und eigenes Erleben vermittelt werden. Zukunftsperspektiven, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, demokratische Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten, gerechte Löhne und Zugang zu Bildung sind wirksame Mittel gegen einen wieder erstarkenden Rechtsextremismus.

Kreisverband Zollernalb gegen NPD Schulungszentrum

Lutz Muchow, Vorstandsmitglied der LINKEN Zollernalb, warnt vor der Gefahr eines Schulungszentrums der NPD in Strassberg. Alle Bürger des Landkreises sind aufgefordert, sich auf breiter Basis zusammenzuschließen und gegen die NPD Flagge zu zeigen: „Nicht mit uns!“

In Albstadt, so Muchow, leben derzeit rund 6000 Menschen mit Migrationshintergrund, 740 Einbürgerungen in den letzten fünf Jahren zeigen, dass auch der Zollernalbkreis eine weltoffene und tolerante Gegend sein wolle, wo Mensch sich gerne niederlässt. Das soll auch so bleiben!

Lutz Muchow begrüßte die Bereitschaft auch der anderen Parteien, der NPD keinen Fußbreit zu überlassen. Wichtig sei eine breite Initiative, um die NPD und andere neonazistische Organisationen zu verbieten.



Claus Spohn und Gerhard Brändle bei der Lesung in Pforzheim

Juni 1933 Pforzheim:

Als die Bücher brannten – Gedenken an Barbarei der Nazis

An die Bücherverbrennung vor 75 Jahren erinnerte ein Vorbereitungskreis, bestehend aus Vertretern der SPD, des DGB, der Friedensinitiative (dabei die DFG-VK), der Partei „Die Linke“, des Kommunalen Kinos, des Kulturamts und der Stadtbibliothek. Im Gegensatz zu Berlin und anderen großen Städten, wo am 10. Mai Bücher verfeimter Schriftsteller ein Opfer der Nazi-Flammen wurden, plünderte man in Karlsruhe und Pforzheim erst im Juni die Bibliotheken der Stadt und der Gewerkschaften und warf die Werke auf dem Marktplatz ins Feuer: „Die Flammen fraßen sich tief in den Bücher- und Holzstoß hinein und schlugen hoch zum Himmel empor: „Un-deutsche Schrift, verbrenne“, schrieb der Berichterstatter der „Pforzheimer Rundschau“.

Lesung am 17. Juni

Am Jahrestag lasen Mitglieder von Friedensgruppen, der „Linken“ und der SPD am späten Nachmittag in der Fußgängerzone aus Büchern und Schriften verbotener Autoren. Ursula Simon, Schauspielerin am Stadttheater, trug Gedichte von Rose Ausländer vor, Mitglieder der DFG-VK zitierten aus verbrannten Werken pazifistischer Schriftsteller und Mitgliedern der DFG wie Carl von Ossietzky und Berta von Suttner. In der Stadtbibliothek fand eine Ausstellung statt – aus der Bestandsliste der damaligen Städtischen Volksbücherei wurden rund 1000 Bücher als „politisch-weltanschaulich untragbar oder literarisch minderwertig“ gestrichen. Dazu gehörten Autoren, die politisch links standen, Ju-

den oder Pazifisten waren, u.a. Paul von Schoenaich, Präsident der DFG 1929 bis zum Verbot 1933 und dann 1946 – 1951. Es sind aber auch Namen darunter, bei denen niemand weiß, weshalb sie auf diese „schwarze Liste“ kamen – und sucht vergeblich andere Autoren, deren Werke in allen größeren Städten auf dem Index standen.

Ein Schicksal in Pforzheim

Am Abend zeigte das Kommunale Kino den Film „Professor Mamlock“: Jener fiktive jüdische Chefarzt einer chirurgischen Klinik, im Ersten Weltkrieg deutscher Soldat und überzeugter Patriot, weiß am Ende einer tragischen Vorgeschichte keinen anderen Ausweg als den Freitod – bedrückende Parallelen zu dem höchst realen Pforzheimer Frauenarzt Rudolf Kuppenheim. Der Mediziner, ein zum Protestantismus konvertierter Jude, erster Frauenarzt in Pforzheim und Geburtshelfer bei über 19 000 Geburten, sah im Oktober 1940 vor der drohenden Deportation nach Gurs ebenfalls keine andere Möglichkeit mehr als den Selbstmord. An seine Geschichte erinnerte ein Kurzreferat von Gerhard Brändle (Die Linke) im Kommunale Kino vor dem Film.

Straßennamen als öffentliches Gedächtnis

Für Brändle ist es „ein Skandal“, dass in Pforzheim – im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten – keine einzige Straße nach einem Schriftsteller benannt sei, dessen Bücher in Flammen aufgingen, kein Kästner, kein Mann, kein Brecht, kein..., wohl aber nach

bekennenden NSdAP-Mitgliedern wie Emil Strauss und Auguste Supper. Auch sei es seltsam, dass ausgerechnet über die Bücherverbrennung in Pforzheim kein einziges Bild existiere.

(nach Artikeln der Pforzheimer Zeitung vom 13. und 18. Juni 2008)

Unter www.pfenz.de sind mit den Suchbegriffen „Bücherverbrennung“ und „Säuberung“ Artikel zum Weiterlesen zu finden.

Die Linke Pforzheim/Enzkreis schlägt vor, zum 9./10. November 1938/2008 vor Ort ähnliche Aktionen anzuregen und mitzugestalten.

Freiburg: „Schwarz-Grün weiter auf Kürzungskurs“

In der letzten Gemeinderatssitzung am 24.6. hat die schwarz/grüne Allianz die 10% Kürzungsbeschlüsse bekräftigt, aber die Grünen haben die konkrete Ausformung des Beschlusses durch Kulturbürgermeister Kirchbach abgelehnt. Die Grüne Fraktion ist offensichtlich mit dieser Situation zunehmend überfordert. Es macht kulturpolitisch keinen Sinn, ein Theaterfestival zu opfern und ein Tanztheater zu „retten“.

Wir befürchten, dass ein neuer Beschluss über die 10% Kürzungen bereits am 22. Juli wieder in den Gemeinderat eingebracht wird. Es wird mit dieser schwarz/grünen Allianzpolitik keine Rückkehr zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den gewachsenen und für die Stadt lebensnotwendigen Strukturen geben.

Die nachhaltigen Proteste gegen diese Politik beginnen offensichtlich Wirkung zu zeigen. Nicht anders ist es zu erklären, dass die Fraktion JF/Die Grünen nun an einem Punkt, nämlich dem „Tanzfestival Freiburg“, eine Kürzung ablehnt und stattdessen immer weitere Kürzungen beim Kulturamt sehen will, auch das ist kulturpolitischer Unfug. So wird weiterhin das Eine gegen das Andere ausgespielt. Die UL wird auch weiterhin gegen eine Kürzung des Tanzfestivals stimmen, die dem E-Werk seine letzten Projektmittel wegnehmen würde. Aber das gilt für alle anderen beabsichtigten Kürzungsmaßnahmen auch. Immer handelt es sich hier um äußerst notwendige Projektmittel.

Die UL fordert die Basis der Grünen und der CDU auf, gegen die Kürzungen Sturm zu laufen und ihre Stadträte in die politische Pflicht zu nehmen, diese Kürzungs-Beschlüsse – auch die bereits umgesetzten – für alle Bereiche im Sozialen, im Sport und in der Kultur zurückzunehmen.

Atai Keller,

Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen Freiburg

Heidelberger Bürgerentscheid erfolgreich

Nachdem im März bereits 15000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt worden waren, im April die juristischen Versuche der Verkaufsbefürworter, das Bürgerbegehren aus fadenscheinigen Gründen für ungültig erklären zu lassen, erfolgreich abgewehrt werden konnten, und sich beim Bürgerentscheid am 13.7.2008 nicht weniger als 82,3 % der Abstimmenden gegen die Wohnungsprivatisierungen ausgesprochen hatten, wurde nun auch für den Heidelberger Gemeinderat der politische Druck zu groß. Auf seiner Sitzung am 23.7. beschloss das Gremium mehrheitlich, dass die Wohnungen nicht verkauft, sondern im städtischen Eigentum bleiben sollen. Vorausgegangen war eine lange Stadtratsdebatte mit heftigen Angriffen der nach wie vor verkaufswilligen Freien Wähler und der CDU auf die Heidelberger LINKE. Doch es nutzte nichts mehr. Die frühere Stadtratsmehrheit kippte und die Verkaufsbefürworter unterlagen in der Abstimmung. Das ist ein großer Erfolg für den Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar der LINKEN, der zusammen mit SPD, GAL, Verdi und Mieterverein die treibende Kraft bei diesem Bürgerentscheid war.

Wohnungsprivatisierungen verhindert

Der Heidelberger Gemeinderat hat nun beschlossen, dem deutlichen Willen von 82 % der Wähler, die am 13.7.2008 beim Bürgerentscheid ihre Stimme abgegeben haben, zu entsprechen und die 610 Sozialwohnungen im Stadtteil Emmertsgrund nicht zu verkaufen. Letztlich war der Bürgerentscheid also doch erfolgreich.

Das Ergebnis des Bürgerentscheids und die daran anschließende Entscheidung des Gemeinderats machten deutlich, dass eine sozial gestaltete Wohnungspolitik unverzichtbar ist und Vorrang vor dem betriebswirtschaftlichen

Eigeninteresse der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH haben muss. Die GGH wird das bei ihren zukünftigen Planungen zu berücksichtigen haben. Sollte die GGH in Zukunft wieder hinter dem Rücken der Bürger ähnliche Wohnungsverkäufe in anderen Stadtteilen planen, werden wir jederzeit wieder ein Bürgerbegehren einleiten, um einen erneuten Bürgerentscheid zu erreichen.

Das „Bündnis für den Emmertsgrund“ bleibt auch nach dem Bürgerentscheid bestehen. Es wird regelmäßige Sitzungen und Veranstaltungen organisieren und auch aktiv Konzepte entwickeln, wie die Lebensqualität im Stadtteil Emmertsgrund gesteigert werden kann. Dazu laden wir alle Menschen in dieser Stadt – Politiker, Bürger und nicht zuletzt die Menschen auf dem Emmertsgrund selbst – herzlich ein.

In allen baden-württembergischen Großstädten sind die jeweils ersten Bürgerentscheide ohne eine einzige Ausnahme aufgrund des hohen Wahlbeteiligungs-Quorums gescheitert – egal um welches Thema es ging. Auch Heidelberg bestätigte nun diese Regel. Erst beim zweiten oder dritten Bürgerentscheid sind die Bürger mit diesem für sie neuen direktdemokratischen Verfahren hinreichend vertraut, um überhaupt eine Chance zur Überwindung dieser hohen Hürde zu sehen. Wir werden einen Brief an Ministerpräsident Oettinger und alle im baden-württembergischen Landtag vertretenen Fraktionen schreiben, in dem wir um eine Absenkung dieser viel zu hohen gesetzlichen Hürde nach dem Vorbild anderer Bundesländer bitten. In Bayern hätte beispielsweise die Überwindung einer 10%-Hürde genügt. Die in Baden-Württemberg geforderte 25%-Hürde ist dagegen in dieser Form einfach unsinnig und unangemessen.

Dr. Edgar Wunder, Pressesprecher des Heidelberger Bürgerbegehrens für den Erhalt der städtischen Wohnungen



Karlsruhe: Hauptschule im Stadtteil erhalten?

Die Uhland-Ganztags-Hauptschule in der Karlsruher Südstadt steht vor dem Aus. Sie hat noch knapp 60 Schüler/innen, für das Schuljahr 2008/2009 gab's offiziell noch 8 Anmeldungen für die 5. Klasse, die Eltern aber wurden bereits abgewiesen. Nach einer Landesrichtlinie müssen die Kommunen melden, wenn an einer Hauptschule die Schüler/innenzahl unter 85 fällt. Dann kann das staatliche Schulamt eine Schließung verfügen.

Dies alles kam erst vor einigen Wochen in die Öffentlichkeit. In der Presse wurden schnell Stimmen laut, man dürfe den Kindern in der Südstadt nicht ihre Hauptschule nehmen. Dazu muss man wissen, die Südstadt hat stadtweit den höchsten Anteil von Bürger/innen mit Migrationshintergrund, die Uhlandschule hat einen Anteil von ca. 90 Prozent Kinder aus Migrantenfamilien. Die CDU sprang dem bei. Für die SPD ist die Schließung schon ausgemacht. Die Grünen sehen nicht viel Gutes am Erhalt einer Hauptschule. Der Stadtverwaltung wäre am liebsten, die Uhlandschule würde schnell geschlossen und deren Räume von der benachbarten Realschule genutzt, die Raumprobleme hat.

Auf einer Veranstaltung der Bürgergesellschaft Südstadt wurden die Informationen zusammengetragen. Die Schulleitung, kurz vor der Pension, ist Teil der Misere. Im Unterschied zu anderen Schulen in Karlsruhe, hatte sie kein Konzept für die besonderen Anforderungen an dieser Schule entwickelt. Hilfe von außen – es gab in den letzten Jahren einen Schulsozialarbeiter und mehrere Stützprojekte – wurde eher geduldet als begrüßt. Circa 10 Prozent derer, die einen Hauptschulabschluss an der Uhlandschule machen, bekommen einen Ausbildungsplatz. Deutsche Eltern schickten ihre Kinder nach Aufhebung der Schulgrenzen in andere Hauptschulen, die Eltern mit Migrationshintergrund zogen nach. Erhalt einer Ghettoschule?

Karin Binder, MdB, und der Stadtrat der LINKEN, Niko Fostiropoulos, erarbeiteten gemeinsam einen Gemeinderatsantrag. Wenn die benachbarte Realschule die Räume übernimmt, soll dort die Form der Ganztagschule erhalten bleiben. Damit hätte Karlsruhe seine erste Ganztags-Realschule. Die Kinder der jetzt noch Uhlandschule sollen nicht, wie geplant, auf andere Schulen verteilt werden, sondern noch ihre Abschlüsse dort machen können – als eigener Zug der

dann dort eingerichteten Realschule, mit besonderer Förderung und mehr Chancen, mehr als den Hauptschulabschluss zu schaffen. Zudem ergibt sich in diesem Prozess die Möglichkeit einer gemeinsamen Schule bis zum 10. Schuljahr. Ein Modellprojekt ist denkbar. Insgesamt steht eine Reihe von Maßnahmen für die Südstadtkinder an um ihnen bessere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Die Vorgänge zeigen auch, die Hauptschule als solche, das dreigliedrige Schulsystem ist das eigentliche Problem. Die Vorschläge der LINKEN gehen in die weiteren Beratungen des Gemeinderates zu Schulsituation in der Karlsruher Südstadt mit ein.

Niko Fostiropoulos, DIE LINKE im Karlsruher Stadtrat

Aktion gegen Kinderarmut in Heilbronn

In Heilbronn hat sich, ausgehend vom Heilbronner Sozialforum eine Aktion „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ gebildet, an der sich inzwischen über 30 Organisationen beteiligen (Gewerkschaften, Sozialverbände, Migrantenvereine, kirchliche Organisationen und Parteien – Grüne, LINKE, SPD). Das kurzfristige Ziel ist ein „Schulstart ohne Not“ zu ermöglichen. Dadurch soll erreicht werden, dass Kinder aus armen Familien nicht schon benachteiligt das Schulleben beginnen. Ein Schulranzen und das notwendige Schulstarterset sollen gegen einen Gutschein in einem Heilbronner Fachgeschäft eingekauft werden. Der Gutschein wird in den Kindergärten ausgegeben. Die Initiative fordert vom Gemeinderat, dass er in

seiner Sitzung am 23.7. einen entsprechenden Finanzierungsbeschluss fasst und sich damit den Karlsruher Gemeinderat zum Vorbild nimmt, der im Juni einstimmig Schulstartersets beschlossen hatte. Durch eine Spendensammlung soll gesichert werden, dass allen bedürftigen Kindern im ärmsten Heilbronner Stadtteil ein Schulstart ohne Not ermöglicht wird. Damit soll zugleich der Druck erhöht werden, dass der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss für 2009 fassen muss. Nähere Informationen über Hasso Ehinger, Tel 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

Weinheim feiert und unterstützt Kinder armer Eltern

Am 21. Juni 2008 fand in Weinheim das zweite Weststadtfest statt. Wie schon im Vorjahr kamen tausende Besucher. Auch der Ortsverein der LINKEN war mit einem Stand präsent. Unter dem Motto „Luxus für alle“ wurden Kaffee, Kuchen und Prosecco verkauft. Viele Gäste machten es sich im Straßencafé der LINKEN gemütlich. Bei zahlreichen Gesprächen wurde klar, dass die politischen Vorstellungen der LINKEN in der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen. Die Überschüsse aus den Verkäufen spendete die Weinheimer LINKE an den Kinderfonds Rhein-Neckar, der es den Kindern armer Eltern ermöglicht, an Klassenfahrten und Schulausflügen teilzunehmen. Auch im kommenden Jahr wird die LINKE wieder beim Weinheimer Weststadtfest dabei sein.

Carsten Labudda

Linke fordern kostenlose Kindergartenplätze

Schulleiter Erhard Korn referiert auf Einladung des Ortsverbands Kornwestheim im Schafhof

Kornwestheim. „Wir sind noch lange keine Bildungsrepublik“, sagt Erhard Korn, Schulleiter der Steinheimer Blankensteinschule. Er referierte auf Einladung der Linken im Schafhof über die Bildungspolitik des Landes.

Von Stefanie Köhler

Die Bildungspolitik wollen die Linken zu einem ihrer Schwerpunktthemen in den Wahlkämpfen im kommenden Jahr – es stehen Kommunal- und Bundestagswahlen an. „Die Bildungspolitik hat zur Zeit eine hohe Relevanz“, erklärt der Sprecher Friedhelm Hoffmann. Er will auf jeden Fall zur Kommunalwahl mit einer eigenen Liste antreten – als „eigenständige Organisation“, betont Hoffmann. Derzeit besteht der Ortsverband aus 15 Mitgliedern.

Bei der öffentlichen Mitgliederversammlung zum Thema „Eine Schule für alle: Niemanden zurücklassen“ hat sich Korn, Mitglied der Linken im Ortsverband Marbach/Bottwartal, für erhebliche Fördermaßnahmen für sozial Benachteiligte ausgesprochen. Allein kommunalpolitisch könnten, plädiert er, viele Maßnahmen in Kindertagesstätten, Kindergärten, Grund- und Hauptschulen ergriffen werden.

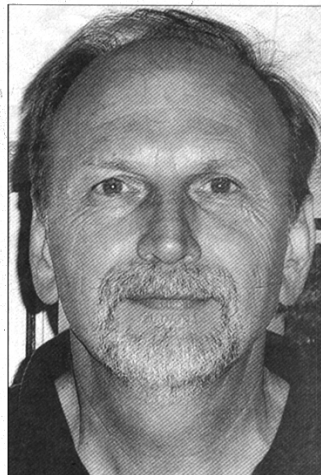
Betrachte er den Bildungsbericht 2008, bilanzierte Erhard Korn, sehe er Deutschland eher als Bildungsentwicklungsland. „Die Bildungspolitik sollte die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern“, jedoch sei genau das Gegenteil erreicht worden. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg habe sich eher verstärkt als dass

er abgebildet worden sei. „Die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, ist bei einem höheren ökonomischen Status fünfmal höher.“ Arbeiterkinder besuchten viermal häufiger eine Hauptschule als Akademikerkinder. „Kinder aus Migrantenfamilien sind davon am meisten betroffen“, sagte Korn. Besonders bedenklich, so der Referent, sei die Zunahme

der Zahl armer Menschen. „23 Prozent der deutschen Kinder sind arm, und im Kinderland Baden-Württemberg ist die Spreizung zwischen Arm und Reich viel höher als anderswo.“ In Heilbronn etwa liege die Armutsquote bei 30 Prozent. „Kornwestheim hat eine ähnliche Sozialstruktur und einen hohen Migrantenanteil wie Heilbronn“, bemerkte Korn.

Er regte an, Gesamtschulen bis Klasse 10 mit dem einheitlichen Abschluss Mittlere Reife zu etablieren und den Übergang in die gymnasiale Oberstufe auch mit nur einer Fremdsprache zu ermöglichen. Das sei Landessache, aber auch die Kommunen könnten etwas tun. Sie sollten möglichst ganztägig geöffnete Kindertagesstätten, deren Besuch kostenlos sei, einrichten. Im Kindergartenbereich plädierte er für eine intensive Förderung der Jungen und Mädchen. „Wenn wir schon wissen, dass sich ein frühzeitiger Kindergartenbesuch signifikant positiv auf die Schulkarriere auswirkt, muss er kostenlos sein.“ An Grundschulen sollten Zustand und finanzielle Ausstattung geprüft werden. Und da gerade Hauptschulen zu Ganztagschulen umfunktioniert würden, müssten diese inklusive Mittagessen kostenlos sein. Wesentlich seien auch die Zusammenarbeit mit Vereinen und der Zugang zu kulturellen Angeboten für alle.

Insgesamt ist der Ortsverband, der sich am 7. Februar dieses Jahres gegründet hatte, mit seiner bisherigen Entwicklung zufrieden. „Wir haben uns mit Informationsständen präsentiert und festgestellt, dass wir in Kornwestheim angekommen sind“, bilanziert er. Die Bürger seien offen und zeigten Interesse an der Politik der Kornwestheimer Linken.



Erhard Korn

Foto: Stefanie Köhler

Die „Kornwestheimer Zeitung“ berichtete am 7.7. von einer Veranstaltung der Linken.

Gemeinderat Stuttgart beschließt einstimmig Maßnahmen gegen Kinderarmut – Kritik wird damit nicht überflüssig

Viele Beschlüsse standen an in der letzten Sitzung des Gemeinderats vor den Sommerferien. Einstimmig beschloss der Gemeinderat Maßnahmen gegen die Kinderarmut. Einstimmig heißt nicht, dass es nichts mehr zu kritisieren und zu verbessern gibt. Wir dokumentieren den Redebeitrag der Stadträtin der Linken, Ulrike Küstler.

Dieser Vorlage stimme ich zu. Selbstverständlich ist damit allein noch keinem einzigen benachteiligten Kind geholfen. Die Vorlage dokumentiert aber – so hoffe ich jedenfalls – einen Politikwandel in Stuttgart und ein Versprechen des OB, mit kurzfristigen und längerfristigen Maßnahmen die Lebenssituation sozial benachteiligter Kinder zu verbessern. Es könnte ein Arbeitsprogramm werden. Darüber freue ich mich. Dieser Politikwandel ist durch den gesellschaftlichen Druck erzeugt worden, aber auch – und dafür danke ich der SPD – durch die Strategiekonferenz zur Kinderarmut. Hier konnten sich alle Parteien durch wissenschaftliche Aussagen über die brisante Realität informieren. Das war Politik weit weg vom grünen Tisch. Sowohl Fachleute wie Betroffene haben ihre Erfahrungen und ihr Wissen beigebracht. Für mich ist das ein Beweis für die Vorteile der politischen Beteiligung. Niemand mehr kann jetzt bestreiten, dass es auch in Stuttgart Kinderarmut gibt.

Zu diesem Politikwandel hat aber auch die LINKE ihren guten Teil beigebracht. Seit 2003 habe ich auf die Armut in der reichen Stadt Stuttgart hingewiesen. Seitdem habe ich Anträge zur besseren Versorgung armer Kinder und Familien gestellt. Sie sind – in den letzten Haushaltsberatungen, das ist noch kein

Jahr her – wieder fast alle abgeschmettert worden. Ich freue mich, dass jetzt manche der ablehnenden Parteien sich mit meinen Vorschlägen schmücken.

Nun habe ich meine wichtigsten Vorschläge und das was ich in der Strategiekonferenz mitgenommen habe, in einem Konzept zusammengefasst. Ich denke, wenn das Versprechen des OB umgesetzt wird, muss geredet und entschieden werden über alles, was für die Sicherung der Lebensbedingungen und die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für Kinder notwendig ist. Ganz deutlich möchte ich auch sagen: 1. Arme Kinder leben in armen Familien. Und 2.: Wir dürfen über der Sorge für die Kinder nicht vergessen, dass Menschen ohne Kinder oder deren Kinder aus dem Haus sind, ebenfalls den Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben haben. Auch ihnen muss ermöglicht werden, an Politik, Kultur, sozialem Miteinander teilzunehmen. Das bitte ich nicht zu vergessen.

Mein Konzept gegen Kinderarmut unterscheidet sich von den bisherigen Vorschlägen im Gemeinderat. Ich habe von Anfang nicht nur kostenloses Mittagessen und einen Schulfonds gefordert, ein Konzept, das Gesundheit, Bildung, Kultur, Verkehr, Wohnen umfasst. Grundlegend sind aber Regelsätze, die die Existenz sichern. Das Problem ist, dass vieles in Stuttgart geboten wird, aber der Zugang Geld kostet, zu viel Geld für Hartz-IV-Empfänger.

Sehr dankbar bin ich deshalb dem Herrn Oberbürgermeister für seinen Brief an die Ministerin von der Leyen.

Einverstanden bin ich auch mit der Aussage: es gibt Dinge, die wir kurzfristig regeln müssen und können, und mittel- und langfristige Fragen. Aber wenn es darum geht, wie das definiert wird, zeigen sich die Unterschiede:

Zu den Punkten, die meiner Auffassung nach sofort geregelt werden müssen, gehören 1. das Mittagessen und 2.

die Schulausstattung, und zwar beides beginnend mit dem neuen Schuljahr.

Zum Mittagessen: Wie Sie alle wissen, habe ich weitergehende Forderungen. Ich denke, es wird im Ausbau unseres Bildungs- und Schulsystems so kommen müssen wie in anderen Ländern, dass das gemeinsame kostenlose Mittagessen aller Schülerinnen und Schüler und Lehrer ganz selbstverständlich zum pädagogischen Angebot gehört. Aber ich werde jetzt jeden Kompromiss, der einen ersten Schritt darstellt, unterstützen, und das heißt: verbilligtes Essen für sozial benachteiligte Kinder sofort.

Das vollständige Konzept der Linken im Gemeinderat gegen Kinderarmut unter: www.stuttgart.de/dielinke, Rubrik Anträge, Anfragen anklicken.

Tübingen beteiligt sich an Brunsbüttel

Gegen die Stimmen der Grünen und der Linken beschloss die Gemeinderatsmehrheit am 23.7. mit der Stimme des grünen OB Boris Palmer die Beteiligung der Tübinger Stadtwerke am Kohlekraftwerk Brunsbüttel. Die Auseinandersetzung hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt.

Anton Brenner hatte für die Tübinger Linke beantragt: 1. Die Stadtwerke Tübingen beteiligen sich nicht an dem Kohlekraftwerk in Brunsbüttel. 2. Die Stadt Tübingen und die Stadtwerke setzen sich in der SüdWestStrom dafür ein, dass das Projekt eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel aufgegeben und stattdessen die Beteiligung an einem Windpark angestrebt wird.

Auszüge aus der Begründung:

Bei Planungsbeginn für das Steinkohlekraftwerk ging man von einer Preisstabilität für Kohle aus, die heute nicht mehr gegeben ist (...). Fokus auf Kohleverstromung verschärft die Situation. Steigende Kohlepreise und CO₂-Emissionszertifikate können schon vor 2020 dazu führen, dass die Stromerzeugungskosten aus Kohle diejenigen aus Windkraft übersteigen und Windparks die kostengünstigste Stromerzeugungsoption werden. Diese Situation ist nach der Steinkohle-Preisexplosion schon heute eingetreten. Der Aufsichtsrat der Tübinger Stadtwerke beschloss vor drei Jahren einstimmig mit den Stimmen der Grünen, der UFW-WUT, der CDU und SPD den Eigenbau eines Gas- oder Kohlekraftwerks. Dieser Beschluss ist überholt.

Kohlekraftwerke sind ökonomisch und ökologisch zu risikoreich. In Europa setzt nur Deutschland massiv auf Steinkohle. Wir sind heute genau an der Schwelle, wo die Nachfrage nach Kohle die Kohleförderung übersteigt. Heute ein Kohlekraftwerk zu bauen ist



DIE LINKE. STUTTGART

Für eine neue soziale Idee.

LINKE wird in Stuttgart zur Kommunalwahl 2009 antreten

Zur Zeit häufen sich die Berichte in den Stuttgarter Zeitungen über das Kandidatenkarussell in den etablierten Parteien. Verhältnismäßig viele Stadträte treten nicht mehr an. DIE LINKE kommt trotz großer Wahlerfolge bei den vor Kurzem abgehaltenen Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein in der Presse kaum bis gar nicht vor. DIE LINKE wird jedoch in Stuttgart mit großem Optimismus in den Kommunalwahlkampf gehen und

da Stuttgart ist die einzige Großstadt in Deutschland, die mehr Geldvermögen als Schulden hat. DIE LINKE will dafür sorgen, dass das Geld für eine soziale und ökologische Stadt ausgegeben wird und nicht für unnötige Groß- und Prestigeprojekte.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Immer wieder wollen einzelne meist bürgerliche Fraktionen wichtige Bereiche der

werden. Beim Jugendamt nehmen sie keine Rücksicht auf den Willen, die Unterschriften und die Meinung der Beschäftigten, vieler Eltern, ja nicht einmal der Amtsleitung. DIE LINKE steht in allen Bereichen für mehr Demokratie und Beteiligung. Die Hürde für Bürgerentscheide muss deshalb deutlich gesenkt werden.

Bisher konnten weitgehend alle Versuche, öffentliche Einrichtungen zu privatisieren, durch die Gegenwehr von Beschäf-

Gemeinderat

Arme haben Ansprüche

13.500 Kinder, insgesamt 47.400 Menschen leben in Stuttgart vom Hartz-IV-Regelsatz. OB Schuster, Frau Breuninger, und der Verleger Holtzbrinck, haben einen „Kindertaler“ ins Leben gerufen, um Projekte für arme Kinder zu fördern, als erstes das Vorlesen. Mildtätige Daimler-Angestellte finanzieren ein Jahr

Inzwischen sind drei Ausgaben des Infoblattes des Kreisverbands erschienen.

gleichbedeutend wie im Jahr 2000 alles Geld in den Neuen Markt zu investieren. Tübingen hat sich mit der Oberen Viehweide in diesem Zusammenhang schon genug die Finger verbrannt.

Steinkohle ist die klimaschädlichste Option nach Braunkohle. Die CO₂-Zertifikatspreise treffen vor allem Kohlekraftwerke. Kohlekraftwerke sind schlechter regelbar als Erdgaskraftwerke. Der steigende Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien verdrängt die Grundlast, weshalb mehr Regelleistung benötigt wird. Außerdem ist bei Kohlekraftwerken die Kapitalbindung extrem lang – bei einem sich schnell wandelnden Markt.

Rendite-Erwartungen der Stadtwerke unrealistisch. Die Stadtwerke Tübingen haben am 1. Juli dem Aufsichtsrat eine abenteuerliche Renditeberechnung vorgelegt, die allerdings streng geheim ist, auch Türen und Fenster mussten bei der Vorstellung im 6. Stock in der Eisenhutstraße geschlossen werden. Die Stadtwerke spekulieren darauf, dass der Strompreis schneller steigt als der Kohlepreis. Sie nehmen die soziale Brisanz nicht nur nicht wahr, sie setzen darauf. (...)

www.tuebingen-linke.de

Konstanzer Jobcenter schikaniert Antragsteller mit Abschreckungsmaßnahmen

Die innerhalb der Partei Die Linke aktive Erwerbslosenberatung Konstanz hat im Rahmen ihrer Tätigkeit erfahren, dass das Jobcenter Landkreis Konstanz Abschreckungsmaßnahmen gegen Erstantragsteller von Arbeitslosengeld II eingeführt hat.

Es handelt sich dabei um ein so genanntes „Sofortprogramm“, das laut Broschüre Hilfe beim Ausfüllen des ALG II Antrags und Informationen zum SGB II beinhalten soll. Bei einer Verweigerung der Teilnahme wird dem Betroffenen eine Kürzung des Leistungsbezugs in Höhe von 30% angedroht – wohlgeachtet, eine Kürzung von Leistungen, die noch gar nicht erbracht wurden.

Am 16.5.2008 hat die Erwerbslosenberatung Konstanz in dieser Sache einen offenen Brief an den Geschäftsführer des Jobcenters Konstanz, Herrn Wetzel, geschickt mit der Bitte um Stellungnahme und der Aufforderung, in Zukunft derartige Maßnahmen zu unterlassen, da das SGB II, die gesetzliche Grundlage des Arbeitslosengelds II, für derartige Maßnahmen keinerlei Rechtsgrundlagen bietet.

Da darauf keine Reaktion erfolgte, hat die Erwerbslosenberatung Konstanz bei dem Vorsitzenden des Trägervereins des Jobcenters, Herrn Landrat Häm-

merle, mit Schreiben vom 16.6.2008 Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Geschäftsführer des Jobcenters eingereicht.

Durch Auskunft einer Mitarbeiterin des Jobcenters hat die Erwerbslosenberatung Konstanz in der Zwischenzeit erfahren, dass es sich bei den Vorkommnissen definitiv um interne Anweisungen handelt: Das „Sofortprogramm“ ist ausnahmslos allen Erstantragstellern anzubieten und bei Verweigerung der Teilnahme sollen Sanktionen vorgenommen werden. Neben der fehlenden Stellungnahme ist dies ebenfalls Bestandteil der Dienstaufsichtsbeschwerde, denn es ist zu prüfen, ob und inwieweit der Ge-



Vera Hemm, Stadträtin Die Linke. Liste Konstanz

schäftsführer des Jobcenters Landkreis Konstanz, Herr Wetzel, für ein widerrechtliches Handeln seiner Mitarbeiter verantwortlich zu machen ist.

Mit Schreiben vom 24. Juni wurde durch das Landratsamt zur Dienstaufsichtsbeschwerde Stellung bezogen. Herr F. Hämmerle erklärte, dass er nach Prüfung der Sachlage festgestellt hat, dass „Herr Wetzel seine Aufgaben nach Recht und gesetzeskonform ausübt“. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wurde mit dieser Begründung zurückgewiesen. Die Erwerbslosenberatung Konstanz nimmt Herrn Hämmerle beim Wort. Nach unseren Informationen trifft – zumindest seit diesem Zeitpunkt – dies auch zu, denn Antragstellern werden zwar weiterhin auf die Maßnahme „Sofortprogramm“ hingewiesen, jedoch handelt es sich um ein freibleibendes Angebot, das bei Ablehnung keine Leistungskürzung zur Folge hat.

Die Erwerbslosenberatung Konstanz wird selbstverständlich die Angelegenheit im Auge behalten und rät Erstantragstellern trotzdem, bei Antragsabgabe grundsätzlich einen Beistand nach § 13 SGB X mitzunehmen. Sollte Ihnen gegen Ihren Willen bei Antragstellung unter Androhung von Leistungskürzungen eine derartige Maßnahme aufgedrängt werden, so unterschreiben Sie auf keinen Fall.

Fordern Sie stattdessen den oder die MitarbeiterIn des Jobcenters dazu auf, Ihnen den Vertrag der Maßnahme zur Überprüfung mitzugeben, denn dies ist ihr gutes Recht. Verlangen Sie bei hartnäckigem Bestehen auf einer Unterschrift um eine schriftliche Bestätigung, dass Sie als Antragsteller zur Teilnahme an der Maßnahme verpflichtet sind. Lassen Sie es sich ebenfalls schriftlich geben, wenn aufgrund einer Verweigerung der Unterschrift Ihr Antrag auf ALG II angeblich nicht entgegengenommen werden kann. Falls Ihnen MitarbeiterInnen des Jobcenters Konstanz Schwierigkeiten bei der Antragstellung von Arbeitslosengeld II machen sollten, unterstützt Sie die Erwerbslosenberatung Konstanz gerne in Form von Beiständen.

Betroffene der hier geschilderten Vorfälle melden sich bitte bei der Erwerbslosenberatung Konstanz, Joseph-Belli-Weg 5, 2. Etage, Büro Die Linke. kk/fd (Aus Seebättle Nr. 2/2008)

DIE LINKE – jetzt auch in Plochingen!

Am 6. Juni gründete sich in Plochingen eine Basisgruppe im KV Esslingen der LINKEN. Zum Sprecher wurde Rainer Hauenschild gewählt; zu seinem Stellvertreter Werner Dinges. Die Basisgruppe wird sich mit dem Thema Tariftreue bei öffentlicher Auftragsvergabe beschäftigen, mit kommunaler Arbeitsmarktpolitik, Hartz IV und Kinderarmut. Arme Erwachsene sollen mit einem Sozialpass kostenlosen Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen erhalten. Kinder und Jugendliche sollen Anspruch auf eine kostenlose, gesunde Mahlzeit haben. Für Kinder von Erwerbslosen soll es ein kostenloses „Start-Set“ zum Schulanfang geben. Rainer Hauenschild unterstrich die Rolle des Kindergartens als ersten und wichtigsten Ort zum Erlernen sozialer und vor allem sprachlicher Fertigkeiten. Er forderte den Einsatz von ausgebildetem Fachpersonal für alle Altersgruppen.

Entschieden lehnten die Anwesenden den Bau einer zweiten Startbahn am Flughafen Stuttgart ab. Auch einige Gäste aus Altbach beklagten den schon jetzt hohen Lärmpegel durch die Einflugschneise, der noch schlimmer wird durch die B 10 und die stark befahrene Eisenbahnlinie. Sanierung von Feuerwehrhaus, Fußgängerzone und Stadtbad werden die Gruppe ebenfalls beschäftigen. Zwei Gäste aus Altbach haben bereits ihren Aufnahmeantrag bei uns eingereicht.

DIE LINKE, Plochingen, Rainer Hauenschild, Mobil 0162-3334496

Mitteilung zu den Finanzen 2007 / 2008

Der Jahresabschluss der Partei DIE LINKE 2007 nach dem Zusammenschluß von WASG und Linkspartei.PDS liegt einschließlich des ersten Halbjahres 2007 der WASG vor. Der Abschluss wurde vom Wirtschaftsprüfer mehrere Tage im Detail geprüft und der Prüfungsvermerk erteilt. Die Finanzführung von Land und Kreisen sowie die finanztechnische Zusammenführung von beiden Organisationen wurden positiv beurteilt. Anbei der Abschluss 2007 mit Bilanz und Gewinn- und

Verlustrechnung. – Ich bedanke mich bei allen für Finanzen verantwortlichen Mitglieder in den Kreisvorständen und gehe davon aus, dass wir auch in 2008 die Rechenschaftslegung nach den Grundsätzen der Bundes- und Landesfinanzordnung fortführen und weiterentwickeln werden.

Für 2008 in der Anlage der Zwischenbericht zum Abschluss des ersten Quartals 2008.

Christoph Cornides, Landesschatzmeister

Die LINKE Landesverband Baden-Württemberg Rechenschaftsbericht 2007

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 1.1. bis 31.12.2007 (1.1. bis 15.6. Linkspartei.PDS)

	Landesvorstand	Kreisverbände	Gesamt
Einnahmen gesamt	244.182,16 €	56.957,97 €	301.140,13 €
Mitgliedsbeiträge	122.503,98 €	12,00 €	122.515,98 €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	8.301,02 €	10.936,66 €	19.237,68 €
Spenden von natürlichen Personen	19.418,71 €	4.453,60 €	23.872,31 €
Spenden von juristischen Personen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	1.029,15 €	2,36 €	1.031,51 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften usw.	833,43 €	119,30 €	952,73 €
Staatliche Mittel	30.438,24 €	0,00 €	30.438,24 €
Sonstige Einnahmen	65,22 €	1.686,08 €	1.751,30 €
Zuschüsse von Gliederungen	61.592,41 €	39.747,97 €	101.340,38 €
Ausgaben gesamt	249.547,92 €	44.277,67 €	293.825,59 €
Personalausgaben	38.437,67 €	0,00 €	38.437,67 €
Laufender Geschäftsbetriebes	43.455,50 €	10.681,11 €	54.136,61 €
Für allgemeine politische Arbeit	94.832,31 €	25.877,45 €	120.709,76 €
Für Wahlkämpfe	685,23 €	126,70 €	811,93 €
Für Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Zinsen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Ausgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zuschüsse an Gliederungen	72.137,21 €	7.592,41 €	79.729,62 €
Überschuss/Defizit (-)	-5.365,76 €	12.680,30 €	7.314,54 €

Vermögensrechnung 2007

	Landesvorstand	Kreisverbände	Gesamt
Gesamtbesitzposten	110.419,89 €	20.933,74 €	131.353,63 €
Haus- und Grundvermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geschäftsstellenausstattung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Beteiligungen an Unternehmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Forderungen an Gliederungen	37.802,00 €	0,00 €	37.802,00 €
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geldbestände	62.232,58 €	20.024,78 €	82.257,36 €
Sonstige Vermögensgegenstände	10.385,31 €	908,96 €	11.294,27 €
Gesamtschuldposten	21.135,65 €	661,03 €	21.796,68 €
Pensionsverpflichtungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Rückstellungen	2.160,00 €	0,00 €	2.160,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Rückzahlungsverpfl. aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	373,00 €	0,00 €	373,00 €
Sonstige Verbindlichkeiten	18.602,65 €	661,03 €	19.263,68 €
Reinvermögen	89.284,24 €	20.272,71 €	109.556,95 €

Übernahme Bilanzwerte per 15.6.2007 von WASG

	Landesvorstand	Kreisverbände	Gesamt
Gesamtbesitzposten	59.208,97 €	8.219,71 €	67.428,68 €
Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geldbestände	56.203,35 €	4.480,83 €	60.684,18 €
Sonstige Vermögensgegenstände	3.005,62 €	3.738,88 €	6.744,50 €
Gesamtschuldposten	587,66 €	627,30 €	1.214,96 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00 €	373,00 €	373,00 €
Sonstige Verbindlichkeiten	587,66 €	254,30 €	841,96 €
Reinvermögen	58.621,31 €	7.592,41 €	66.213,72 €

Die Linke Landesverband Baden-Württemberg: vorläufiger Abschluss bis 31.3.2008
Übersicht über Einnahmen und Ausgaben von Landesverband, Kreisen und Arbeitsgemeinschaften

Einheit	Mitglieder	Mitgliedsbeiträge	Spenden	Einnahmen im lfd. Jahr (aufsummiert)	sonstige	staatliche Mittel	Zuschüsse v. Gliederung	gesamt	Personalausgaben	lfd. Geschäftsbetrieb	politische Arbeit	Wahlkampfe	Zuschüsse an Gliederung	Ausgaben gesamt	Überschuss (+) Defizit (-)	35%-Anspruch auf Beiträge aus vorigem Quartal	Geldbestände
Landesverband		63.467,06 €	4.677,24 €	62.268,54 €	15.219,13 €	15.219,13 €	298,95 €	145.930,92 €	- 19.486,89 €	- 8.592,99 €	- 21.327,85 €	- 499,95 €	- 61.452,83 €	- 111.360,51 €	34.570,41 €		113.425,12 €
davon AG, iG usw.																	
Jugendverband Solid																	
Kommunistische AG			3.436,24 €					3.436,24 €									1.888,61 €
AG Betrieb u. Gewerk.																	
davon Europäische Linkspartei		46,50 €						46,50 €									
Kreisverbände																	
Baden-Baden/Rastatt	53	- €	70,70 €	- €	- €	- €	210,00 €	280,70 €	- €	16,25 €	210,68 €	- €	- €	226,93 €	53,77 €	315,47 €	335,45 €
Biberach	30	- €	150,00 €	0,50 €	- €	- €	215,00 €	365,50 €	- €	58,37 €	376,31 €	- €	- €	434,68 €	69,18 €	288,40 €	184,96 €
Böblingen	64	- €	65,00 €	- €	- €	- €	560,00 €	625,00 €	- €	- €	196,60 €	- €	- €	196,60 €	428,40 €	704,26 €	1.115,59 €
Bodensee	35	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	10,85 €	140,53 €	- €	- €	151,38 €	151,38 €	297,85 €	215,82 €
Breisgau/Hochschwarzwald	38	- €	- €	9,90 €	- €	- €	215,00 €	224,90 €	- €	10,93 €	203,70 €	- €	- €	214,63 €	10,27 €	331,16 €	141,68 €
Calw	38	- €	220,00 €	- €	- €	- €	270,00 €	490,00 €	- €	9,92 €	249,21 €	- €	- €	249,21 €	240,79 €	633,99 €	440,79 €
Emmendingen	37	- €	- €	- €	- €	- €	140,00 €	140,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	9,92 €	130,08 €	265,94 €	130,08 €
Esslingen	88	- €	- €	- €	- €	- €	620,00 €	620,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	335,89 €	284,11 €	1.022,67 €	501,23 €
Freiburg	123	- €	- €	2.044,00 €	- €	- €	- €	2.044,00 €	- €	1.772,93 €	445,04 €	- €	- €	2.217,97 €	173,97 €	666,63 €	817,48 €
Freudenstadt	28	- €	- €	- €	- €	- €	80,00 €	80,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	80,00 €	103,47 €	86,69 €
Göppingen	58	- €	14,50 €	- €	- €	- €	365,00 €	379,50 €	- €	26,25 €	324,99 €	- €	- €	351,24 €	28,26 €	435,69 €	322,41 €
Heidelberg/Rhein-Neckar	188	- €	30,00 €	0,62 €	- €	- €	1.890,00 €	1.920,62 €	- €	86,95 €	2.143,88 €	- €	- €	2.230,83 €	310,21 €	1.648,24 €	259,72 €
Heidenheim	35	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	174,11 €	- €
Heilbronn	76	16,00 €	150,00 €	- €	- €	- €	520,00 €	686,00 €	- €	- €	439,06 €	- €	- €	439,06 €	246,94 €	802,50 €	369,19 €
Hohenlohe/Schwab.-Hall	68	- €	- €	- €	- €	- €	1.009,10 €	1.009,10 €	- €	- €	730,35 €	- €	- €	730,35 €	278,75 €	804,85 €	278,75 €
Karlsruhe	126	19,00 €	420,00 €	52,99 €	- €	- €	1.546,63 €	2.038,62 €	- €	480,94 €	2.194,67 €	- €	- €	2.675,61 €	636,99 €	846,89 €	8.444,64 €
Konstanz	51	- €	550,00 €	- €	- €	- €	300,00 €	850,00 €	- €	723,93 €	49,28 €	- €	- €	773,21 €	76,79 €	297,12 €	1.263,69 €
Lörrach	39	- €	- €	- €	- €	- €	200,00 €	200,00 €	- €	10,90 €	38,79 €	- €	- €	49,69 €	150,31 €	290,06 €	155,47 €
Ludwigsburg	108	- €	421,11 €	- €	- €	- €	500,00 €	921,11 €	- €	6,00 €	715,95 €	- €	- €	721,95 €	199,16 €	1.505,39 €	469,43 €
Main-Tauber	27	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	283,95 €	283,95 €	272,65 €	- €
Mannheim	102	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	851,65 €	392,52 €
Neckar-Odenwald	20	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	153,30 €	- €
Odenau	71	- €	- €	- €	- €	- €	660,04 €	660,04 €	- €	98,76 €	924,86 €	- €	- €	1.023,62 €	363,58 €	557,56 €	114,11 €
Ostalb	96	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	834,49 €	238,23 €
Pforzheim/Enzkreis	77	- €	120,00 €	- €	- €	- €	410,00 €	530,00 €	- €	22,30 €	92,00 €	- €	- €	114,30 €	415,70 €	717,81 €	165,70 €
Ravensburg	37	- €	38,20 €	- €	- €	- €	930,00 €	968,20 €	- €	9,36 €	661,62 €	- €	- €	670,98 €	297,22 €	561,94 €	411,76 €
Rems-Murr	75	- €	130,00 €	- €	- €	- €	400,00 €	530,00 €	- €	7,00 €	194,28 €	- €	- €	201,28 €	328,72 €	655,74 €	446,01 €
Reutlingen	56	- €	- €	- €	- €	- €	580,00 €	580,00 €	- €	- €	213,00 €	- €	- €	213,00 €	367,00 €	500,26 €	510,12 €
Schwarzwald-Baar-Heuberg	44	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	318,39 €	- €
Sigmaringen	16	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	152,08 €	- €
Stuttgart	236	230,00 €	302,27 €	301,40 €	- €	- €	2.718,56 €	3.552,23 €	- €	190,61 €	3.728,53 €	- €	- €	3.919,14 €	366,91 €	3.402,54 €	2.193,56 €
Tübingen	96	- €	1.516,92 €	100,00 €	- €	- €	700,00 €	2.316,92 €	- €	902,55 €	676,55 €	- €	- €	1.579,10 €	737,82 €	1.033,66 €	1.385,67 €
Ulm/Alb-Donau	49	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	29,70 €	- €	- €	- €	29,70 €	29,70 €	335,53 €	595,06 €
Waldshut	24	15,00 €	100,00 €	- €	- €	- €	250,00 €	365,00 €	- €	22,86 €	242,79 €	- €	15,00 €	280,65 €	84,35 €	122,89 €	89,72 €
Zollernalb	21	- €	- €	- €	- €	- €	41,00 €	41,00 €	- €	- €	41,00 €	- €	- €	41,00 €	- €	134,75 €	- €
nicht zugeordnet	12																
Summe Kreisverbände		280,00 €	4.298,70 €	2.509,41 €	- €	- €	15.330,33 €	22.418,44 €	- €	4.497,36 €	15.569,56 €	- €	- €	20.365,87 €	2.052,57 €	22.039,92 €	22.075,53 €
Land und Kreise	2342	63.747,06 €	8.975,94 €	64.777,95 €	15.219,13 €	15.219,13 €	15.629,28 €	168.349,36 €	- 19.486,89 €	- 13.090,35 €	- 36.897,41 €	- 499,95 €	- 61.751,78 €	- 131.726,38 €	36.622,98 €		135.500,65 €
./ Innerpart. Zuschüsse		63.747,06 €	8.975,94 €	64.777,95 €	15.219,13 €	15.219,13 €	298,95 €	152.720,08 €	- 19.486,89 €	- 13.090,35 €	- 36.897,41 €	- 499,95 €	- 46.421,45 €	- 69.974,60 €	82.745,48 €		

Anmerkungen: Mitgliederstand per 31.3.
 Mitgliedsbeiträge: einschließlich der Zahlungseingänge auf dem Konto in FÜRTH (1971 €)
 sonstige Einnahmen: Der Landesverband erhielt am 15. Januar 2008 aus dem Nachlass Otto Singer, Stuttgart, eine Zuwendung von 60.000 Euro mit der Maßgabe 30.000 Euro der Bundespartei zukommen zu lassen, als Zuschuss an die Bundespartei weitergeleitet.
 Zuschüsse, Einnahmen: Beim Landesverband WAG-Kontoauflösung Kreisverband und Überweisung Beitrag. Bei KV Karlsruhe enthalten 116.63 Euro vom Bundesvorstand
 Zuschüsse, Ausgaben: Beim Landesverband: an PV: Weiterleitung staatliche Wahlkampfmittel und Anteil Nachlass: 45.219,13 €. Rest Beitragsanteile an KV's



Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bernad Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, strasdeit@t-online.de
Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net
Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de
Ursula Schorlepp, usasg@web.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de
Breisgau/Hochschwarzwald
Louis Runge, Postfach 1162, 79419 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.: 07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a
79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143
Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Wolfgang Kämmerer, Tel.: 0711/412785,
Mail: mail@wolfgangkaemmerer.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332/4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, die.linke.kv.hdh@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de,
Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@links-partei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07 91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.: 07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209, eMail: u.genswuerg@mx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Grüning@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim. Kreisverband: Tel: 0621/1227218 (mit AB) Mail
Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com
Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/312681, Mail: mar-ten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-619655, eMail: Burkhard.Malotke@gmx.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de;
Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254. Mail: ckramerneudorfer@onlinehome.de;
Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: dielinke-kv-ggrosse@arcor.de, Web: www.die-linke-remms-murr.de.

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461/6558

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de, mobil über: Walter Kubach, 016090792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Hölderlinstr. 4, 69469 Weinheim, Tel+Fax: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171/9181900, Mail: queer@die-linke-bw.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331/82419, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel.: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071/639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maïke Rahlfs, Tel.: 0176 22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682/ 328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen **DIE LINKE.SDS**

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de
KARLSRUHE: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe.de
TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de
HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de
STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de
KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de
LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro **Tobias Pflüger**

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostirooulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadt-rat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz, vera.hemm@t-online.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9-12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadtträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtträtin), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadtträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de
Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Mannheim: Karin Binder MdB, B2-14, 68159 Mannheim. Anne Rahlfs Email: mannheim@karin-binder.de, Tel: 0621-4017137

Publikationen der Linksfraktion im Bundestag

Diese Publikationen sind aktuell bestellbar (Auswahl):

- Faltblatt Bürgerrechte schützen – online-Durchsuchungen stoppen
- Faltblatt Gesetzliche Rente stärken
- Faltblatt Lissabonner Vertrag
- Aufkleber Frauenarbeit ist mehr wert
- Zeitung Querblick Nr. 7
- Aufkleber Das 100-Punkte-Programm der LINKEN
- Faltblatt Bundeswehr raus aus Afghanistan
- Faltblatt Die Kontaktstelle stellt sich vor
- Broschüre Frieden für Afghanistan
- Broschüre Die Lügen der NPD
- Broschüre Die Agro-Gentechnik
- Faltblatt Reiseland Deutschland
- Faltblatt Petitionen
- Postkarte Bestellkarte für „Clara“-Abonnement
- Broschüre Was tun gegen Rechtsextremisten?

Bestellung über Internet: <http://www.linksfraktion.de/bestellformular.php>

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Freiburg

Dienstag, 9.9.08, 19.30 Uhr, DGB-Haus, Hebelstr.10 (Hintereingang, Keller). "Bundeswehr raus aus Afghanistan"; Veranstaltung mit Christine Buchholz, Mitglied Bundesvorstand DIE LINKE (Terminverschiebung auf 8.9. ist möglich, bitte aktuelle Hinweise beachten!)

■ Freiburg

Monatliches Plenum am Mittwoch, 17.9.08, 19.30 Uhr, DGB-Haus, Hebelstr.10, Hintereingang.

■ Stuttgart

„Der Deckel muss weg“ Matinee am Sonntag, 14.9.2008, 11 Uhr, Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße 26, Naturfreundehaus Clara Zetkin; Referent ist Volker Mörbe, Personalrat am Klinikum, zum Thema Budget-Deckelung und Krankenhausfinanzierung.

■ Stuttgart

DIE LINKE Stuttgart, OV Bad Cannstatt macht am Dienstag, 16.9.08, 19 Uhr eine Veranstaltung „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ in der Helfergasse 5. Am Dienstag, 14.10.08 gibt es um 19 Uhr am gleichen Ort eine Veranstaltung „Schluss mit dem Pflegenotstand“.

■ Karlsruhe

Am Dienstag, 9.9.2008, 10 bis 16 Uhr kommt der Infobus

der linken Bundestagsfraktion nach Karlsruhe. Beim Lambrunnen in der Kaiserstraße macht die Infotour zum Thema Rente Station.

■ Sulzbach, Rems-Murr

Der Kreisverband veranstaltet am Dienstag, 16.9.08, 19.30 Uhr einen Stammtisch im „Sulzbacher Hof“, Flurstraße 2. Eine Woche später, am Dienstag, 23.9. gibt es eine Präsentation zum Thema: Gute Arbeit – Gute Löhne – Gute Rente.

■ Biberach

Donnerstag, 11.9.2008 und Donnerstag, 9.10.2008 jeweils 19 Uhr, „Noodles-Biberkeller“, in Biberach, Birkenharder Str. 1, öffentliche Mitgliedertreffs der Linken.

■ Waldshut

25.9.2008, 19.30 Uhr Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Luttingen, Gasthaus „Engel“.

■ LAG Bildung – in Stuttgart

Freitag, 26. September, 18 Uhr, Stuttgart, Landesbüro. Themen: Bildungsoffensive Baden-Württemberg oder Bildungsflop? Vorbereitung der Tagung „Eine Schule für alle – Gemeinschaftsschulen für Baden-Württemberg“ am 15.11. in Stuttgart; Konstituierung der AG, Wahl der Sprecher.

■ LAG Bürgerrechte und Demokratie

Am 31. Mai gründete sich

in Mannheim die Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerrechte und Demokratie. Zum Landessprecher wurde Carsten Labudda aus Weinheim gewählt. Vertreter im Landesausschuss ist Edgar Wunder aus Heidelberg.

Die LAG bearbeitet zwei Themenbereiche. Zum Einen geht es um den Widerstand gegen die Aushöhlung der Bürgerrechte durch die neoliberalen Parteien. Zum Anderen geht es um die Stärkung direkter Demokratie.

Das nächste Treffen der LAG findet am Samstag, den 9. August 2008, statt. Beginn ist um 13 Uhr im Bistro „Altes Zollamt“ in der Karlstraße 40 in Heidenheim. Den thematischen Schwerpunkt für die Debatte bildet ein Referat von Michael Bernlöhner zum Informationsfreiheitsgesetz. Interessierte sind herzlich eingeladen.

■ LAG Erwerbslose und Geringverdiener gegründet

Mit ihrer Gründungsversammlung am Samstag, den 12. Juli 2008 in Mannheim hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Erwerbslose und Geringverdiener in der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg konstituiert.

Schwerpunkte setzt die neu gegründete LAG bei den Themen: soziale Teilhabe Erwerbsloser und prekär Beschäftigter bzw. Überwindung ihrer gesellschaftlichen und politischen Ausgrenzung, in der Auseinandersetzung mit der Agenda 2010, Hartz



**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!**

DIE LINKE.

IV und der Erarbeitung von Alternativ-Konzepten sowie der Vernetzung der Betroffenen. Zur Landessprecherin der LAG Erwerbslose und Geringverdiener wurde Monika Zalewski, KV Karlsruhe, als stellvertretender Landessprecher wurde Norbert Herre, KV Mannheim, gewählt.

Das nächste Treffen der LAG Erwerbslose und Geringverdiener findet voraussichtlich am Samstag, den 27. September 2008 im Karlsruhe Büro statt.

Interessierte können mit der LAG Erwerbslose und Geringverdiener über E-Mail Kontakt aufnehmen: lag.erwerbslose@yahoo.de

■ Ökologie-Kongress der Linken Baden-Württemberg

Samstag, 11. Oktober 2008, 10 Uhr, Sängerkirche Stuttgart-Untertürkheim, Lindenschulstr. 29; (Anfahrt: S1 Richtung Esslingen Plochingen bis Haltestelle Untertürkheim)

Programm:
10 Uhr: Begrüßung, Vorstellung des Ökoprogramms der Linken

11.30 Uhr: Darstellung der Klimaproblematik durch einen Vertreter des Ökoinstituts Karlsruhe

13.30 Uhr Arbeitsgruppen – Klimaschutz mit Franz Groll und Damian Ludewig (BUND) – Gentechnik mit Karin Binder (MdB-Die Linke) und Walter Haefeker (Bienenzüchterverband) – Verkehr mit Gangolf Stocker und Jürgen Merks (BUND) – Kommunale Energieversorgung mit Hans-Kurt Hill (MdB Die Linke)

Schlusswort Bernd Rixinger (Vorstandssprecher Die Linke Baden-Württemberg)
Foyer Markt der Möglichkeiten.

rosa luxemburg forum
für Bildung und Analyse in Baden-Württemberg e.V.

Kommunalpolitische Seminare

♦ **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Informieren, bekannt machen, überzeugen, motivieren, aktivieren,...** (mit Marc Amann, Referent und Coach in politischer Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und politische Organisationen)

13. September, 10 – 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a

14. September, 10 – 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79

♦ **(Rhetorik und Auftreten: Themen präsentieren, Reden halten, Argumentieren, Diskutieren, Informieren,...** (mit Marc Amann, Referent und Coach in politischer Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und politische Organisationen)

11. Oktober, 10 – 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79

12. Oktober, 10 – 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a

♦ **Die Kommune als Wirtschaftsakteur (mit Michael Friedrich, kommunalpolit. Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag)**

22. November, 10 – 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a

23. November, 10 – 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79

Details zu den Seminaren, Anmeldung etc. sowie Informationen zu weiteren Veranstaltungen unter www.rlf-bw.de

V.i.S.d.P.: RLF. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg, Planckstr. 79, 70184 Stuttgart ++post@rlf-bw.de ++ 0711-6936607